



digitalezivilgesellschaft.org

Per Anhalter durch die digitale Zukunft

**Visionen für eine gerechte,
nachhaltige und
soziale Digitalisierung**

Per Anhalter durch die digitale Zukunft.

Visionen für eine gerechte, nachhaltige und soziale Digitalisierung – von der digitalen Zivilgesellschaft für die Politik

Digitalisierung – der Begriff klingt in Deutschland, das in diesem Bereich im europäischen Vergleich auf dem vorletzten Platz landet, noch immer verheißungsvoll nach Zukunft. Diese Zukunft wollen wir endlich Wirklichkeit werden lassen – und zwar so, dass sie der Gesellschaft dient. Digitalisierung ist kein rein technisches Thema: Bei ihr geht es um grundlegende Werte und Rechte wie Chancengerechtigkeit, Solidarität, Teilhabe und Zugang.

Doch wie können wir so eine gerechte digitale Zukunft erreichen? Antworten gibt die digitale Zivilgesellschaft in diesem Magazin. Wir laden die Politik und Entscheidungsträger*innen ein, zusammen mit uns auf die Reise in die digitale Zukunft zu gehen.

Über dieses Heft

„Per Anhalter durch die digitale Zukunft“ gibt Anregungen, Denkanstöße und konkrete Handlungsempfehlungen dafür, wie wir Digitalisierung gerecht, nachhaltig und sozial gestalten können.

Es enthält:

- vier Forderungen für eine digital-souveräne Gesellschaft (online veröffentlicht im April 2021, unterzeichnet von rund 80 Organisationen) mit Handlungsempfehlungen für politische Entscheider*innen.
- 15 Digitalvisionen zu Themen wie Zukunftsfähigkeit, einem Internet für das Gemeinwohl, Feminismus und Barrierefreiheit. Sie beschreiben nicht nur den Status quo, sondern zeigen, wohin wir als Gesellschaft kommen können, wenn wir jetzt den richtigen Weg einschlagen: hin zu einer gerechteren Gesellschaft, bei der Digitalisierung das Werkzeug und nicht das Ziel ist.
- einen Fahrplan zur digitalen Zivilgesellschaft: Wir sind da und offen dafür, unser Wissen mit der Politik zu teilen und uns gemeinsam für eine soziale Digitalisierung einzusetzen.



Über digitalezivilgesellschaft.org

Unter der Bezeichnung „Digitale Zivilgesellschaft“ haben sich rund 80 Akteur*innen zusammengefunden, zu denen zivilgesellschaftliche Organisationen, aber auch Unterstützer*innen aus der Wirtschaft und dem öffentlichen Sektor gehören. 15 von ihnen haben im Vorfeld der Bundestagswahl ihre Digitalvisionen aufgeschrieben. Wir freuen uns darauf, diese Visionen Wirklichkeit werden zu lassen.

Vier



**Forderungen
für eine *digital-
souveräne
Gesellschaft**



Digitale Souveränität der Gesellschaft als zentrale Maxime in der Digitalpolitik verankern

- Die Bundesregierung verfasst gemeinsam mit einem runden Tisch, der paritätisch aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft besetzt ist, eine digitale Mission mit digitaler Souveränität als Leitprinzip.
- Die Umsetzung der Digitalmission in den einzelnen Ressorts wird durch ein transparentes, messbares Monitoring eines Katalogs an Maßnahmen begleitet, die der digitalen Souveränität dienen.



Für eine erfolgreiche Digitalpolitik ist kein Digitalministerium notwendig, sondern eine umfassende Digitalmission, die von allen Ressorts in ihren jeweiligen Fachgebieten auf Bundes- und Länderebene umgesetzt wird.

Die digitale Souveränität der Gesellschaft ist das Leitbild dieser Umsetzung bei der Abstimmung zwischen den Ressorts und der Integration fachspezifischer Ansätze in die Digitalmission:

Digitale Souveränität umfasst die Fähigkeiten, Rechte und Möglichkeiten von Menschen und Organisationen, um in der digitalen Welt selbstbestimmt und sicher zu agieren und das Digitale im gesellschaftlichen Interesse zu gestalten.



Zivilgesellschaft paritätisch beteiligen und Transparenz schaffen

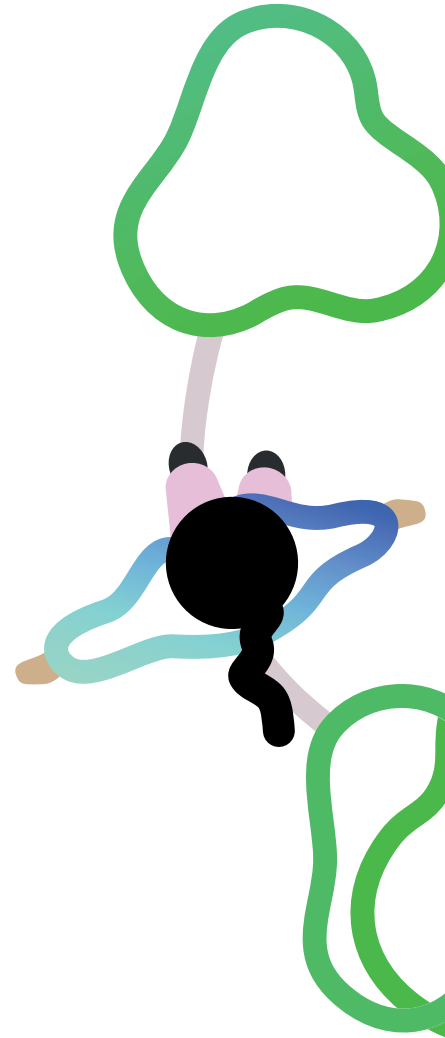
- Eine verbindliche Zivilgesellschafts-Quote in Beratungsgremien und bei der Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen wird eingeführt.
- Echte Mitgestaltung wird ermöglicht, indem Abläufe politischer Entscheidungsprozesse nachvollziehbar und vorab kommuniziert werden, ausreichende Fristen für Konsultationen gesetzlich festgelegt und maschinenlesbare Dokumentationen der Entscheidungsprozesse bereitgestellt werden.
- Der Arbeitsaufwand von zivilgesellschaftlichen Organisationen ist finanziell angemessen zu kompensieren.

Gesellschaftliche Expertise fehlt in der Digitalpolitik. In Beratungsgremien dominieren Wirtschaft und Wissenschaft. Die Zivilgesellschaft muss die gleichen Möglichkeiten erhalten, um ihre Expertise einzubringen.



Öffentliches Geld, öffentliches Gut

- Für Staatsausgaben im digitalen Bereich muss gelten: „Public Money? Public Good!“
- Das betrifft Software („Public Money – Public Code“), Daten der öffentlichen Verwaltung (Open Data), freies Wissen und offene Bildungsmaterialien (Open Educational Resources) gleichermaßen.
- Öffentliche Gelder für digitale Werkzeuge werden ausschließlich in offenen Verfahren (Open Contracting) vergeben.

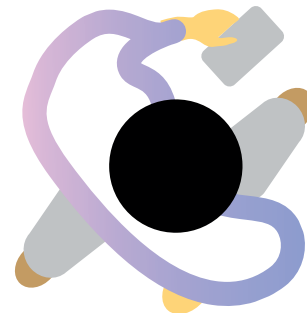


Investitionen landen zu häufig in eigentumsrechtlich geschlossenen Silos. Dadurch geht Wissen verloren und Probleme müssen oft doppelt gelöst werden. Gerade im Digitalbereich fließen große Summen in einen Markt, der eine hohe Fluktuation an Anbieter*innen und Werkzeugen aufweist. Hier muss dringend für wirtschaftliche Nachhaltigkeit gesorgt werden.

Digitalisierung wirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltig umsetzen

- Wirtschaftlich: langfristige Förderung des Aufbaus und der Wartung von sicherer, dezentraler digitaler Infrastruktur für die Gesellschaft, z. B. durch den Aufbau eines Infrastruktur-Fonds für FOSS und die Förderung von Instandhaltungsarbeiten an zentralen Bausteinen digitaler Werkzeuge.
- Sozial: Förderung von Diversität in der Digitalisierung, z. B. durch verbindliche Diversitätsziele bei Hightech-Förderung und Forschungsmitteln für Technikfolgenabschätzung für die Gesellschaft.
- Einführung eines „Nachhaltigkeitsindex Digitalisierung“: In diesem werden nicht nur die Parameter der Digitalisierung nachgezeichnet und fortlaufend definiert, sondern auch der Status quo und der jeweilige Fortschritt in den Bereichen festgehalten.

Die Digitalisierung kann nur dann gelingen, wenn sie nachhaltig gestaltet wird. Wir brauchen eine nachhaltige Förderung für den Aufbau von ökologischer und sozialer digitaler Infrastruktur. Innovationsförderung im Digitalen muss explizit soziale Innovationen stärken.



Q Digitale Zivilgesellschaft und Partner*innen

➔ Unterzeichnende der vier Forderungen

Akademie für Ehrenamtlichkeit
Deutschland

AlgorithmWatch

Ashoka Deutschland

betterplace lab

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches
Engagement

Bundesverband Smart City

BUNDjugend

Bündnis digitale Stadt Berlin

Center for the Cultivation of Technology

Chaos Computer Club

Citizens For Europe

Civitalis

Computertruhe

CorrelAid

D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt

DAASI International

Das Progressive Zentrum

Deutsch-Französischer
Jugendausschuss

Deutscher Bundesjugendring

Digitale Engel

Digitale Gesellschaft

Do-FOSS

Ecobytes

epicenter.works

European Hub for Civic Engagement

Forum InformatikerInnen für Frieden und
gesellschaftliche Verantwortung

FOSSGIS

FrauenComputerZentrumBerlin (FCZB)

Free Software Foundation Europe

Freiwilligen-Zentrum Augsburg

futur eins

future_s

FZI Forschungszentrum Informatik

Germanwatch

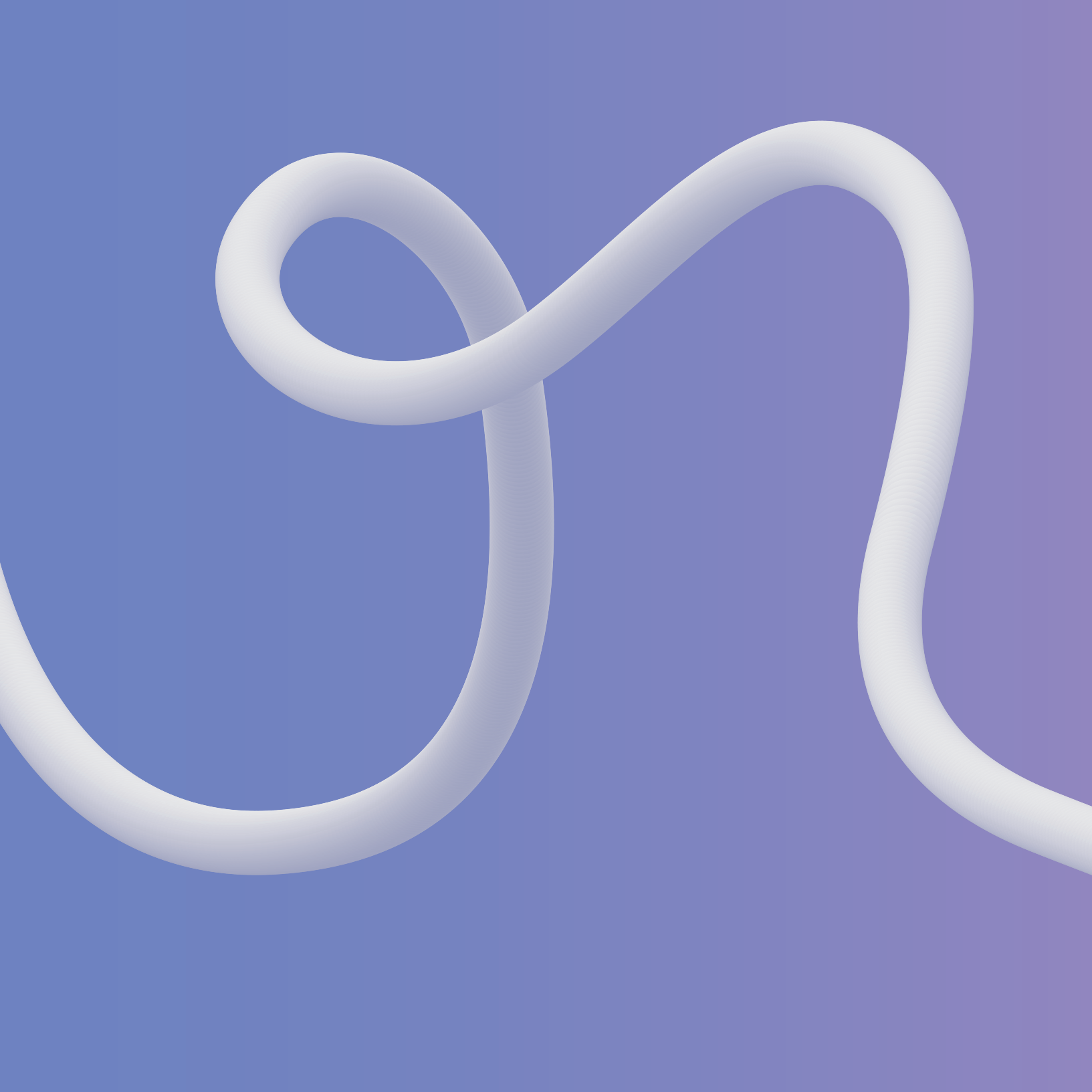
Gesellschaft für digitale Ethik

Global Innovation Gathering (GIG)

Goethe-Institut

gut.org
hamburg.global
Hostsharing
Institute for Tech Life Balance
ifa Institut für Auslandsbeziehungen
iRights.Lab
K8 Institut für strategische Ästhetik
Kreisjugendring Oberhavel
Kurdische Gemeinde Deutschland
Liquid Democracy
LOAD
Luki
mediale pfade
MOTIF Institut
netzforma*
neuland 21
NODE Verein zur Förderung Digitaler
Kultur
Offene Kommunen.NRW Institut
Open Government Partnership
Open Knowledge Foundation
Deutschland

ProjectTogether
Reset.org
ScienceDialogue
selbstbestimmt.digital
Social Entrepreneurship Netzwerk
Deutschland
Stiftung Aktive Bürgerschaft
Stiftung Bürgermut
Stiftung Datenschutz
Stiftung Ecken wecken
Stiftung Erneuerbare Freiheit
Stiftung Neue Verantwortung
SUPERRR Lab
TINCON
Topio
Verstehbahnhof
WECHANGE
Wikimedia Deutschland
youvo
Zentrum Emanzipatorische
Technikforschung
zukunft zwei





**15 Visionen
für eine gerechte,
* soziale und
nachhaltige**



Digitalisierung

Digitale Gesellschaft —→ 14

Demokratie statt Beteiligungssimulation

betterplace lab —→ 17

Der Weg zur diskurskompetenten Gesellschaft

SUPERRR Lab —→ 20

Eine feministische Digitalpolitik

Liquid Democracy —→ 23

Digitale Demokratie aktiv gestalten

Bundesverband Smart City (BVSC) —→ 26

Durch digitale Bildung zur Repolitisierung der Demokratie

future_s —→ 29

Digital gerechte Zukünfte braucht das Land

FZI Forschungszentrum Informatik —→ 32

Individuelle Selbstbestimmung durch institutionelle Verantwortung

Open Knowledge Foundation Deutschland (OKF DE) —→ 35

Mit offenen Daten zu offener Regierungsführung

Wikimedia Deutschland —→ 38

Nur wenn das Internet dem Gemeinwohl dient, wird es ein Raum für alle

Stiftung Neue Verantwortung —→ 41

Ohne Kulturwandel kein digitaler Wandel

TINCON —→ 44

Think radical!

Free Software Foundation Europe —→ 46

Unsere Vision für die Modernisierung der öffentlichen digitalen Infrastruktur

Sozialhelden —→ 49

Warum wir Digitalisierung jetzt barrierefrei gestalten müssen

Arbeitskreis Zukunftsfähige Digitalität —→ 52

Wie wir digitale Infrastrukturen für alle aufbauen können

AlgorithmWatch & Digital Autonomy Hub —→ 55

Wie wir lernen, Algorithmen in der öffentlichen Verwaltung zu vertrauen

Demokratie statt Beteiligungssimulation

Autor:
Die Digitale Gesellschaft e. V. ist ein gemeinnütziger Verein, der sich seit seiner Gründung im Jahr 2010 für Grundrechte und Verbraucherschutz im digitalen Raum einsetzt. Zum Erhalt und zur Fortentwicklung einer offenen digitalen Gesellschaft engagiert sich der Verein gegen den Rückbau von Freiheitsrechten im Netz, gegen alle Formen von Überwachung und für die Realisierung digitaler Potenziale bei Wissenszugang, Transparenz, Partizipation und kreativer Entfaltung.

Demokratie, Transparenz, Partizipation. Große Begriffe, die sich alle Parteien gerne auf die Fahnen schreiben. Doch neue Gesetze und Entscheidungen erwachsen meist aus einem Dickicht von Bürokratie, informellen Absprachen und Sachzwängen. Zivilgesellschaftliche Mitbestimmung wird systematisch unterlaufen und die Bundesregierung schafft es nicht einmal, ihre Referenten- und Gesetzentwürfe als PDF-Dateien auf einer zentralen Plattform hochzuladen.

Selbst eine grundlegende Übersicht über Art und Umfang der Beteiligung von Verbänden und Unternehmen bei der Erarbeitung kann sie nicht vorlegen. Dazu müssten riesige Papieraktenberge

händisch durchsucht werden. Art und Umfang von Beteiligungsverfahren obliegen dem Ermessen der zuständigen Ministerien, jedoch „unter dem Vorbehalt des tatsächlich Möglichen“.

»Wenn ein Ministerium zwei Jahre braucht, um einen Gesetzentwurf umzusetzen, bleiben häufig nur zwei Tage für zivilgesellschaftliche Stellungnahmen.«

Dieser Vorbehalt ist leider groß: Wenn das zuständige Ministerium zwei Jahre braucht, um eine EU-Richtlinie in einen Gesetzentwurf umzusetzen, dann bleiben häufig nur zwei Tage für zivilgesellschaftliche Stellungnahmen.

Unsere Vision für 2030

2030 befindet sich die Bundesrepublik ebenso wie zahlreiche andere Staaten in einem grundlegenden Transformationsprozess. Gelebte Demokratie äußert sich nicht mehr ausschließlich in turnusmäßigen Wahlen zu den Gesetzgebungsorganen und in medialen Debatten über die persönlichen Unzulänglichkeiten möglicher Regierungsspitzen. Aktive Beteiligung an Entscheidungen ist selbstverständlicher Bestandteil einer tatsächlich gelebten Demokratie.

Nachdem die Klimakrise und die Covid-19-Pandemie zu Beginn des Jahrzehnts zahlreiche gesellschaftliche Missstände aufgedeckt haben, bildet sich eine breite gesellschaftliche Bewegung gegen populistische Versuchungen und Hinterzimmerpolitik. Langsam bildet sich der gesellschaftliche Konsens heraus, dass nur in einer offenen und demokratischen Gesellschaft die bestehenden Probleme und anstehenden Herausforderungen gemeistert werden können, dass eine Politik, die einseitig auf die

Durchsetzung kurzfristiger Wirtschaftsinteressen gerichtet ist, die Grundlagen eines demokratischen Gemeinwesens untergräbt und nur durch die effektive Einbindung der Zivilgesellschaft in Entscheidungsprozesse eine Politik im Interesse der Bevölkerung möglich ist.

Die Potenziale digitaler Kommunikation werden ausgeschöpft und gesellschaftliche Probleme auf selbstverwalteten Plattformen und in öffentlichen Foren diskutiert. Die Politik kann sich dem nicht länger verschließen und nähert ihre Arbeitsweise dem Stand gesellschaftlicher Diskussion und technischer Machbarkeit zumindest teilweise an. Legislative und grundlegende exekutive Verfahren werden von Beginn an kommuniziert und öffentlich gemacht. Gesetzgeberische Initiativen und Vorhaben werden unter aktiver Einbeziehung von Zivilgesellschaft und Wissenschaft auf ihre gesellschaftlichen Auswirkungen analysiert. Es bestehen übersichtliche Informations- und Beteiligungsplattformen, auf denen nachvollziehbar, übersicht-

lich und maschinenlesbar alle Entscheidungsprozesse dokumentiert und die Gesetzgebungs- und Entscheidungsmaterialien zur Verfügung gestellt werden.

Es ist öffentlich nachvollziehbar, welche Interessen, Stellung- und Einflussnahmen in die jeweiligen Arbeitsschritte einfließen und welche Positionen sich in den endgültigen Normen sowie Entscheidungen konkret wiederfinden. Für die Bevölkerung besteht die Möglichkeit, diese Entscheidungsfindung zu kommentieren, deren Berücksichtigung sichergestellt wird. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die die Interessen der Bevölkerung bündeln und artikulieren, werden aktiv in die Erarbeitung eingebunden und ihnen die dafür benötigten Ressourcen zur Verfügung gestellt. Ihre Einbindung ist auch in den parlamentarischen Verfahren obligatorisch. Sie erhalten die Möglichkeit, in transparenten und demokratischen Verfahren gesellschaftliche Prozesse mit ihrer Expertise politisch zu gestalten.

Unsere Forderungen an die Politik

Erste Schritte zu einer angemessenen Beteiligung und Demokratisierung von Normsetzungsverfahren, insbesondere durch eine Anpassung von GGO (Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien) und GOBT (Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages).

Veröffentlichungspflicht für sämtliche gesetzgeberischen Vorhaben und der Materialien

Verbindliche Fristen für die Veröffentlichung von Entscheidungs- und Gesetzesvorhaben auf allen Stufen des Verfahrens und für die Beteiligung von Verbänden

Ausschusssitzungen sind grundsätzlich öffentlich

Obligatorische Sachverständigenanhörung im Gesetzgebungsverfahren unter verbindlicher Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen

Paritätische Beteiligung der Zivilgesellschaft in Beratungsgremien

Schaffung eines exekutiven und legislativen Fußabdrucks

Umgehende Schaffung einer zentralen Veröffentlichungs- und Beteiligungsplattform

Der Weg zur diskurskompetenten Gesellschaft

Zu Beginn des Internetzeitalters sah es so aus, als ob die neuen, offenen und freien Debattenräume demokratischen Prinzipien weltweit zum Siegeszug verhelfen würden. Doch wir erleben, dass individuell ausgespielte Realitätskonstruktionen gesellschaftliche Polarisierung verstärken. Falschinformationen

»Wenn wir die richtigen Weichen stellen, können wir das Potenzial voll ausschöpfen, das die digitale Revolution bereithält.«

zirkulieren in unseren sozialen Netzwerken genauso wie gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Neben freiem Wissen werden wir vermehrt mit Desinformationen konfrontiert, ebenso mit Stimmungsmache und hasserfüllten Botschaften.

Verschiedene Studien attestieren jeder dritten Person in Deutschland eine Verschwörungs-Mentalität. Erfahrungen mit sowie die Angst vor Online-Hassrede schränken die freie Meinungsäußerung ein.

Die Ursachen der menschen- und demokratiefeindlichen Phänomene liegen meist nicht in der Technologie, jedoch verstärken Mechanismen im Digitalen die Symptome: Plattform-Unternehmen sammeln Daten über ihre Nutzer*innen und setzen diese algorithmengestützt ein, um Menschen möglichst lange auf der Plattform zu halten oder sie anderswie in ihrem Verhalten zu beeinflussen. Die Aufmerksamkeitsökonomie belohnt polarisierenden Inhalt und bietet somit den Boden für Desinformation und Hass.

Autorin:
Katja Jäger ist überzeugt, dass in der Digitalisierung lauter Potenziale stecken, die zum Wohle der Menschheit eingesetzt werden sollten. In den letzten Jahren hat sie genauer untersucht, wie Digitalisierung und Demokratie zusammengehen.



Unsere Vision für 2030

Wenn wir die richtigen Weichen stellen, können wir das Potenzial voll ausschöpfen, das die digitale Revolution bereithält. Wir können eine Welt schaffen, die wie folgt aussieht:

Digitale Orte sind derart gestaltet, dass sie zum echten Diskurs einladen und somit das Gemeinwohl fördern, statt ihm zu schaden. Die Mechanismen digitaler Infrastrukturen belohnen die Kontextualisierung von Wissen und die Richtigstellung bei fehlerhaften Informationen. Statt polarisierender Inhalte ermöglichen sie das ausgewogene Austragen von Konflikten.

Marginalisierte Gruppen bringen ihre Perspektiven in die Diskurse ein und haben darüber hinaus eigene geschützte Räume. Desinformationen und Hass können keine große Reichweite erzielen.

Digitales Miteinander gelingt durch faktenbasierten und respektvollen Meinungs-austausch und ebensolche Aushandlungsprozesse. Die öffentliche Meinung konstituiert sich durch die Ausgewogenheit von Meinungen, Meinungsverschiedenheiten werden ausgehalten. Nicht die lauteste, sondern die besonnene Stimme findet Gehör und Gewicht. Bei gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen genießt jeder Mensch das Recht auf

Unversehrtheit auch im digitalen Raum, digitale Zivilcourage ist der neue gute Ton. Möglichkeiten zur Moderation und Sanktion bei Verstößen sind vorhanden und werden angemessen genutzt.

Das **digitale Ich** wird durch einen Haltungswandel gestärkt. Medienkompetenz und Wissensaufbau sind die Grundlagen für eine informierte individuelle Meinungsbildung. Die Informationsarchitekturen digitaler Umgebungen werden von den Menschen reflektiert. Die aufgeklärten Nutzer*innen sind zudem imstande, ihre eigenen Bias bei der Rezeption von Informationen zu erkennen und zu reflektieren.

Unsere Forderungen an die Politik

Wir fordern eine Digitalpolitik, die das diskursive Potenzial digitaler Technologien in den Mittelpunkt stellt und den Weg für einen gesellschaftlichen Haltungswandel ebnet.

Digitale Plattformen regulieren, moderieren und beforschen:

- Digitale Umgebungen tolerieren weder Desinformation noch Hass: Bestehende Plattformen werden gesetzlich angehalten, konsequent gegen Desinformationen und demokratie-feindliche Inhalte vorzugehen und ihre Maßnahmen zur Eindämmung transparent darzustellen. Eine verbindliche Quote bestimmt den Anteil demokratie-feindlicher Inhalte, der auf Plattformen nicht überschritten werden darf.
- Inhalte werden ggf. moderiert: Beim Überschreiten von Grenzwerten muss binnen einer Frist eine Lösung zur Content-Moderation, z. B. durch vermehrten Faktencheck und/ oder das Anpassen algorithmischer Entscheidungen, umgesetzt werden.
- Inhalte in digitalen Umgebungen werden beobachtet und analysiert: Wissenschaftliche Studien erforschen den Anteil von Desinformation und toxischer Sprache auf Plattformen, legen diesen offen und bilden so eine Faktengrundlage für Regulierung. Wissenschaftliche Einrichtungen und zivilgesellschaftliche Akteur*innen erhalten die nötigen Daten.

Tools gegen demokratie-feindliche Inhalte fördern: Debunking-Funktionen zum Entlarven von Desinformation und Meldefunktionen von demokratie-feindlichen Inhalten werden standardmäßig und nutzer*innenfreundlich in allen Plattformen implementiert. Die Funktionsweise dieser Lösungen wird kontinuierlich evaluiert und angepasst.

Gemeinwohlorientierte oder genossenschaftliche Plattformen aufbauen: Langfristig ermöglicht ein Infrastrukturfonds für Freie und Open-Source-Software (inkl. Förderung von Wartungsarbeiten) die Entwicklung von Plattformen, die in ihrer Logik für einen ausgewogenen Diskurs gestaltet sind.

Medienkompetenz von Individuen stärken: Bildungsangebote werden flächendeckend und zielgruppengerecht angeboten, um Nutzer*innen im kompetenten und sicheren Umgang mit dem Netz zu schulen. In der Jugend- und Erwachsenenbildung – ob in Schulen, sozialen Einrichtungen oder am Arbeitsplatz – gehören Medienkompetenz-Programme zum Standardrepertoire.

Eine feministische Digitalpolitik

Autorinnen:
Elisa Lindinger und Julia Kloiber sind Digitalexpertinnen und Gründerinnen der gemeinnützigen Organisation SUPERRR Lab. Sie beschäftigen sich seit über 10 Jahren mit den Themen Open Source, Civic Tech und Open Government. Aktuell treibt sie vor allem um, wie inklusive und gerechte digitale Zukünfte aussehen können und welche Rahmenbedingungen und Netzwerke wir brauchen, um diese umzusetzen. Zu diesem Thema arbeiten und forschen sie mit ihrer Organisation SUPERRR Lab.

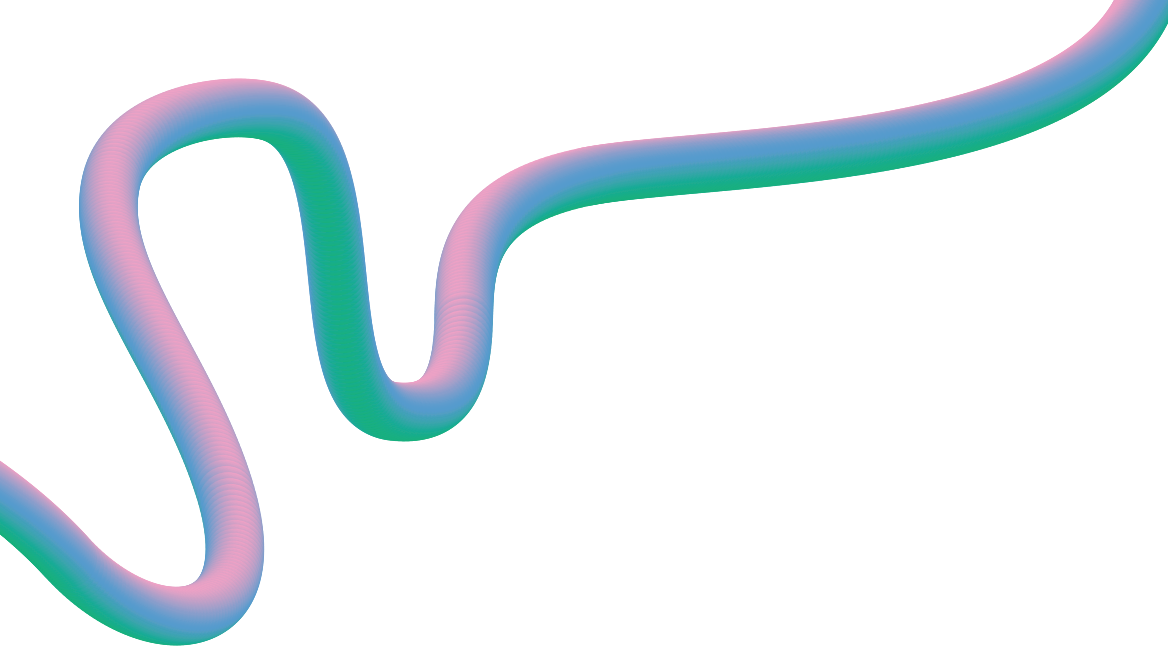
Wenn heute über Digitalisierung gesprochen wird, dann häufig im wirtschaftlichen Kontext: Wie können wir unseren Wohlstand mithilfe von technologischem Fortschritt erhalten? Wie können wir beim technologischen Wettrennen zwischen den USA und China weiterhin eine Rolle spielen? Die Digitalisierung ist ein Mittel, um Prozesse effizienter zu machen, Geschäfte schneller zu erledigen und Transaktionskosten zu senken. Was bei den gängigen Narrativen außen vor bleibt, ist, dass Digitalisierung ein zutiefst gesellschaftliches Thema ist, bei dem es um soziale Teilhabe, um Zugang zu Wissen und Bildung und um Gerechtigkeit geht.

Solange sich alles nur um Innovation und Effizienz dreht, bleiben die Bedürfnisse vieler

Menschen außen vor. Der Ansatz „Digital first, Bedenken second“ führt dazu, dass einzelne Gruppen in unserer Gesellschaft besonders stark von den negativen Effekten der Digitalisierung betroffen sind. Sie werden von Algorithmen diskriminiert und ihnen wird der Zugang zu Plattformen verwehrt.

»Deswegen brauchen wir einen radikalen Zielwechsel: Wir brauchen eine feministische Digitalpolitik!«

Anstatt zum Wohlstand für alle trägt diese Art der Digitalisierung zur weiteren Spaltung unserer Gesellschaft bei. Deswegen brauchen wir einen radikalen Zielwechsel: Wir brauchen eine feministische Digitalpolitik!



Unsere Vision für 2030

2025: Die Digitalpolitik wird von Menschen bestimmt, die den Querschnitt der Gesellschaft abbilden. Grund dafür ist ein radikales Umdenken darüber, was Digitalisierung eigentlich ist: Sie wird nicht mehr technokratisch debattiert, ist kein Mittel zur Wirtschaftsförderung, sondern ein Gesellschaftsthema: Eng verknüpft mit Menschenrechtsfragen, Nachhaltigkeits- und Sozialpolitik zieht sich die Digitalisierung durch alle politischen Themenfelder. Grundstein für die wachsende Beteiligung ist ein 2022 durchgeführter partizipativer Prozess: Zivilgesellschaftliche Organisationen haben gemeinsam mit der Politik Digitalmissionen für die Gesellschaft entworfen, die nun umgesetzt werden.

2029: Die öffentliche Verwaltung, die lange als veraltet und dem Analogen verhaftet galt, ist zur Vorreiterin für eine Digitalisierung geworden, die auf Chancengerechtigkeit, Zugang und Barrierefreiheit setzt. Die Verwaltung hat ihre Serviceangebote komplett überarbeitet und ihre Design Patterns veröffentlicht – und treibt so digitale Innovation voran. Geschafft wurde dies, weil analog zur feministischen Außenpolitik eine feministische Tech Policy implementiert wurde.

Diese Policy bestimmt nicht nur, wie digitale Angebote aus der Wirtschaft reguliert werden, sie bestimmt auch das Design der digitalen Verwaltungsarbeit, offenen Regierungshandelns und der digitalen Verwaltungsangebote für die Menschen.

Einer der Grundsätze ist: Begegnung auf Augenhöhe. Digitale Anwendungen passen sich an die jeweiligen Bedürfnisse und Präferenzen der Nutzer*innen an – das umfasst Pronomen, Sprache, informierte Einwilligung, den Kommunikationskanal etc.

2030: Auch wenn Deutschland zum digitalen Vorreiter geworden ist, hinterfragen wir mehr denn je kritisch, ob digitale Lösungen gesellschaftlich und ökologisch sinnvoll sind – und setzen deshalb auf Low-Tech-Lösungen, wenn sie sinnvoll sind. Gewählt wird übrigens auch 2030 noch mit Stift und Papier.

Unsere Forderungen an die Politik

Entwurf und Umsetzung von Digitalmissionen: Nach der Bundestagswahl werden in einem partizipativen Prozess mit Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft Digitalmissionen für Nachhaltigkeit, Chancengerechtigkeit und Bildung entworfen. Die Umsetzung der Digitalmissionen in den einzelnen Ressorts wird durch ein transparentes, messbares Monitoring eines Katalogs an Maßnahmen begleitet.

Einsetzung von Ethikkommissionen: Bei allen öffentlichen Aufträgen und Förderprogrammen für digitale Technologien überprüfen Ethikräte (besetzt mit zivilgesellschaftlichen Organisationen) den potenziellen Einfluss auf Gesellschaft und Grundrechte; Hochrisikotechnologien werden ausgeschlossen.

Entwicklung einer Feminist Tech Policy: Verwaltungen und Politik entwickeln mit zivilgesellschaftlichen Gruppen den Rahmen für eine Feminist Tech Policy, die Digitalpolitik als Gesellschaftsthema definiert und formt. Damit setzen sie Maßstäbe für eine gemeinwohlorientierte Digitalisierung.

Digitale Demokratie aktiv gestalten

Digitale Demokratie wird auf Bundesebene kaum gefördert und nur sporadisch und uneinheitlich praktisch erprobt. Es gibt drei zentrale Probleme zu beklagen:

Erstens fehlt es an einer Vision und einer Strategie für eine moderne, digitale Demokratie. Die Chance, sie zu einem Schwerpunktthema im Rahmen der Umsetzungsstrategie zur

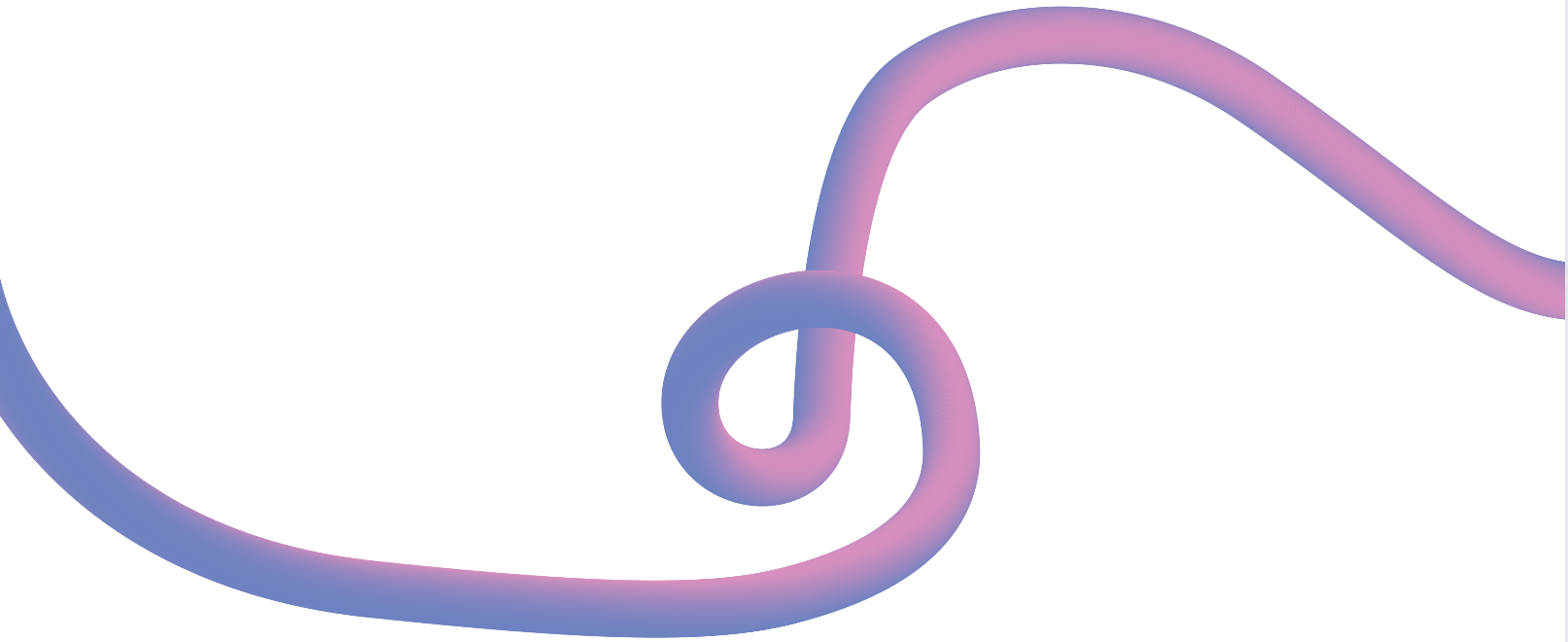
»Aktiv gestaltete Digitalisierung ermöglicht ein Update für unsere Demokratie.«

Digitalisierung zu machen, wurde verpasst. Die im letzten Koalitionsvertrag versprochene Expert*innen-Kommission für Bürger*innenbeteiligung wurde nicht eingesetzt.

Zweitens sehen die Haushaltspläne des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) kein eigenes Budget für die Förderung digitaler Demokratie vor, obwohl die Themen Netzpolitik und digitale Infrastruktur mittlerweile Teil ihres Portfolios sind.

Drittens findet seitens der Bundesregierung bisher praktisch keine Einbeziehung der Bürger*innen durch digitale Tools in den Gesetzgebungsprozess statt. Als einziges Ministerium ermöglicht das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) Bürger*innen derzeit, sich online an einigen Gesetzgebungsprozessen zu beteiligen.

Autor:
Liquid Democracy ist ein gemeinnütziger Verein, der innovative Konzepte für demokratische Beteiligung entwickelt und umsetzt. Die Vision ist eine demokratische Kultur, in der Mitgestaltung für jede*n selbstverständlich ist. Dabei setzt Liquid Democracy vor allem auf die Potenziale des Internets, um Entscheidungsprozesse zugänglicher zu gestalten.



Unsere Vision für 2030

Aktiv gestaltete Digitalisierung ermöglicht ein Update für unsere Demokratie. Eine funktionierende digitale Demokratie kann nicht nur das Vertrauen der Bürger*innen in Deutschland in die Demokratie wieder stärken. Auf Plattformen, die für den

politischen Diskurs geschaffen wurden, würden Bürger*innen und Politiker*innen endlich ein Forum finden, in dem politische Online-Diskussionen inklusiv, fair und sachlich ausgetragen werden können. Langfristig eignen sich die Teilnehmer*innen so eine neue, digitale und demokratische Beteiligungskultur an.

Echte digitale Mitgestaltungsmöglichkeiten für Bürger*innen haben zur Folge, dass die Lust auf Demokratie neu entfacht wird, weil politische Entscheidungsprozesse transparenter werden und Menschen ihre Wirkmächtigkeit im politischen Prozess wieder unmittelbar spüren.

Unsere Forderungen an die Politik

Die nächste Bundesregierung hat mit dem Koalitionsvertrag die Möglichkeit, mit drei Maßnahmen die Weichen für eine moderne, digitale Demokratie zu stellen.

Eine Expert*innen-Kommission zur digitalen Demokratie sollte zu Beginn der nächsten Legislaturperiode geschaffen werden, um einheitliche Werte und Normen festzulegen. Hierbei kann auf den Erkenntnissen der Zivilgesellschaft aufgebaut werden. Um den Diskurs auch in die Öffentlichkeit zu tragen, sollte zusätzlich eine Enquete-Kommission im Bundestag zum Thema „Demokratie der Zukunft“ eingesetzt werden. Die Expert*innen- und die Enquete-Kommission erarbeiten konkrete Handlungsempfehlungen für die Bundesregierung und formulieren eine wissenschaftlich fundierte Vision und Strategie mit klaren Handlungsempfehlungen.

Eine Infrastruktur für digitale Demokratie braucht eine langfristige Finanzierung sowie neue Ideen und die Weiterentwicklung von Open-Source-Lösungen durch die Zivilgesellschaft. Zudem muss begleitende Forschung zu digitaler Demokratie und ihre wissenschaftliche Evaluation gefördert werden. Die nächste Bundesregierung sollte eine Finanzierung mindestens auf dem Niveau der jetzigen Bundesförderung für Computerspieleentwicklung (140 Millionen Euro in fünf Haushaltsjahren) sicherstellen.

Bürger*innen sollten spätestens 2024 die Möglichkeit haben, an Gesetzgebungsprozessen aller Bundesministerien digital mitzuwirken. Erste Handlungsempfehlungen aus Forderung 1 (s. S. 4) können so praktisch erprobt werden. Die wissenschaftliche Evaluation umgesetzter Beteiligungsprojekte kann wiederum in die Arbeit der Expert*innen- und der Enquete-Kommission einfließen.

Durch digitale Bildung zur Repolitisierung der Demokratie

Autor:
Mirko de Paoli,
Vorstandsvorsitzender
des Bundesverbands
Smart City e. V. (BVSC)

Der BVSC ist eine
ganzheitliche,
interdisziplinäre
Forschungs- und
Bildungsplattform, mittels
derer Expert*innen bereits
seit 2011 Nachhaltigkeit
und Digitalisierung
zusammen denken.

Von entscheidender
Bedeutung sind für
den BVSC Datenschutz
und -sicherheit, die
Berücksichtigung
von Privatsphäre und
Persönlichkeitsrechten
sowie die Einbindung
aller gesellschaftlichen
Gruppen.

Ausgelöst durch Raubbau des Menschen an der Natur und den durch ihn verursachten Klimawandel treten seit den Zwanzigerjahren des 21. Jahrhunderts immer häufiger neue Infektionskrankheiten auf, die als Pandemien das Leben der Menschen weltweit stark beeinträchtigen.

Homeoffice und Homeschooling wurden zu einem Dauerzustand, der zunehmend psychische Erkrankungen bei Eltern und Kindern verursachte und andere weitreichende gesellschaftliche Folgen hatte.

Insbesondere die immensen Kollateralkosten für Wirtschaft und Staat führten schnell zu der Erkenntnis, dass Eltern vom

Homeschooling entlastet werden mussten, um deren Arbeitsfähigkeit nicht zu gefährden. Kinder und Jugendliche benötigten eine völlig neue Form digitalen Lernens.

»Demokratie zu stärken erfordert, mehr Demokratie zu wagen!«

Bei dem Versuch, das Bildungswesen innerhalb kürzester Zeit zu digitalisieren, ist jedoch deutlich geworden, dass kein wissenschaftlicher Konsens darüber möglich war, welches Rüstzeug junge Menschen überhaupt benötigen, um sich in einer zunehmend digitalisierten Welt zurechtzufinden und souverän handeln zu können, und wie dieses ggf. zu vermitteln wäre.

Unsere Vision für 2030

Aufgrund der zunehmend desolaten Stimmung in der Bevölkerung sowie an Lernanstalten und der Unmöglichkeit, einen für alle Stakeholder*innen akzeptablen Konsens hinsichtlich der Ausgestaltung der digitalen Bildung herbeizuführen, wagt es die neue Bundesregierung, sich auf das größte gesellschaftliche Experiment der deutschen Geschichte einzulassen:

Mit den neuen Möglichkeiten der Digitalisierung war erstmals in der Menschheitsgeschichte die dauerhafte diskriminierungsfreie Partizipation aller handlungsfähigen Bürger*innen möglich geworden. Die digitale Zivilgesellschaft hatte bereits entsprechende skalierbare Open-Source-Lösungen entwickelt und in vielen gesellschaftlichen Bereichen erprobt.

In einer breiten Allianz aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik – über alle Fraktionen hinweg – wurden die entsprechenden Technologien nun genutzt, um mit den Bürger*innen

in einem offenen und transparenten Dialogprozess einen gemeinsamen Wissensraum zu schaffen.

In diesem Prozess wurden fortan gleichberechtigt und ergebnisoffen Szenarien für eine zukunftsfähige Digitalisierung der Bildung entwickelt und anhand von Simulationen spielerisch erprobt.

Zur Überraschung aller Beteiligten entstanden innerhalb weniger Jahre die Grundlagen für eine neue Digitalisierungs-Didaktik, eine neue Digitalisierungs-Pädagogik, völlig neue digitale Lern- und Lehrinhalte sowie neue Formen der Zusammenarbeit und Verhaltenskodizes.

Dieser Prozess förderte aber auch fundamentale Fragen zutage, z. B., wieviel Digitalisierung die Bürger*innen in welchen Lebensbereichen überhaupt als sinnvoll erachten und wie der ethische Umgang mit Personendaten gewährleistet werden kann.

Das löste einen Wandel fort von einer technik- und effizienzgetriebenen hin zu einer

menschenzentrierten, nachhaltigen und zukunftsverträglichen Digitalisierung in allen Lebensbereichen aus.

Der Erfolg der neuen Partizipationsmöglichkeiten war so überwältigend, dass diese seitdem in allen Wissensbereichen Anwendung finden.

Die diskriminierungsfreie gleichberechtigte Teilhabemöglichkeit der Bürger*innen (und somit auch jener Menschen, die marginalisierten und vulnerablen Gruppen zugerechnet werden) bei der Entwicklung von Visionen für ein zukünftiges friedliches Zusammenleben hat seitdem zu einer Repolitisierung der Bevölkerung und Stärkung der Demokratie in Deutschland geführt.

Die Selbstwirksamkeit in gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen ist für die Menschen als politischer Akt erfahrbar geworden. In der ganzen Welt lernt man seitdem vom „deutschen Digitalisierungswunder“: Demokratie zu stärken erfordert, mehr Demokratie zu wagen!

Unsere Forderungen an die Politik

Finanzierung eines interdisziplinären Forschungsprojektes zwecks Skizzierung einer digitalen Pädagogik, vermutlich in Anlehnung an die Montessoripädagogik

Schaffung eines Reallabors, in dem Kinder spielerisch neue hybride Formate des Austauschs und gemeinsamen Lernens entwickeln, beobachtet von Pädagog*innen

Schaffung eines Reallabors für die Anwendung dieser neuen Formate in Erwachsenengruppen

Finanzierung der Weiterentwicklung von Freien und Open-Source-Software-Lösungen für Open Knowledge Simulation Modeling, um diskriminierungsfreie digitale Partizipation zu ermöglichen

Digital gerechte Zukünfte braucht das Land

Soziale Ungleichheit nimmt zu. Vermögen, Einkommen, Zugänge, Chancen, Wissen, gesellschaftlich-politische Teilhabe oder körperliche und psychische Unversehrtheit sind stark zunehmend ungleich verteilt. Das urdeutsche Versprechen, dass Leistung Aufstieg und Einfluss

»Alle in der Verwaltung eingesetzten Tools müssen auf ihre Diskriminierungsfreiheit geprüft werden.«

ermöglicht, bricht nicht erst jetzt, doch es bricht mit zunehmender Digitalisierung deutlicher. In den Jahren 2013 bis 2018 sind die Vermögen der reichsten deutschen Haushalte auf je durchschnittlich 11 Millionen Euro – um beinahe 50 Prozent – gewachsen. Die ärmere Hälfte der Bevölkerung konnte so gut wie kein Vermögen aufbauen.

Die Digitalisierung von Geschäftsmodellen, Arbeitsweisen und Bildungsangeboten in ihrer jetzigen Form verstärkt bestehende Gaps wie Gender-Gap, Ost-West-Gap oder Einkommens-Gap. So fällt bspw. die solide bezahlte, Sorgearbeit ermöglichende Ebene der Sachbearbeiter*innen zunehmend weg, die v. a. von Frauen nachgefragt wird. Eine neue Lücke tritt hinzu: das Wissen, wie Digitalisierung funktioniert und gestaltet wird, sowie die Kraft, dieses Wissen auch umzusetzen (Digital Divide, Literacy & Agency).

Es fehlt eine umfassende staatliche Anstrengung, digitale Chancen ab dem Kindergarten zu ermöglichen, vulnerable Gruppen besser zu schützen und die Zukunft der Arbeit sowie gesellschaftlich-politische Teilhabe nicht ausschließlich Privilegierten zu überlassen.

Autorin:
Jeannette Gusko ist Vorsitzende von future_s e. V., einer feministischen Research- und Advocacy-Organisation mit der Mission, eine sozial gerechte, inklusive Gesellschaft zu gestalten. Mit eigener Forschung und Publikationen sowie der Entwicklung neuer Werkzeuge und Interventionsmethoden berät future_s Organisationen, Institutionen und Entscheidungsträger*innen und trägt zur öffentlichen Meinungsbildung bei.

Unsere Vision für 2030

Werden Kleinkinder morgens in den Kindergarten gebracht, erleben sie dort Inklusion, finanzielle Förderung, Zutrauen und psychische Sicherheit. Diese Erfahrungen prägen, sodass der Nachwuchs in digitalen (MINT-) Berufen nun nach Geschlecht ausgeglichen ist. Frauen und marginalisierte Gruppen können zu Hause sowie in den Volkshochschulen ein von der Bundesregierung gefördertes Digital-Coaching wahrnehmen und erlernen hierbei Fähigkeiten für einen digitalen Jobeinstieg und -wechsel. So profitieren sie von hohen Gehältern für ihren Vermögensaufbau. Programmier- und Produktteams werden divers zusammengestellt, ihre digitalen Produkte weisen jedes Jahr rückläufigen Bias auf.

Nach einem Erstarren von Hass und Gewalt zu Beginn der Dekade fühlen sich marginalisierte Gruppen nun sicherer in digitalen Räumen. Die Monopole der Plattform-Ökonomie wurden entflochten; Open-Source-, genossenschaftlich-gemeinwohl-

orientierte Plattformen erfreuen sich großer Beliebtheit im Alltag.

Auf allen politischen Ebenen besteht Parität zwischen den Geschlechtern. Zu digitalpolitischen Ausschüssen und Sitzungen werden kontinuierlich marginalisierte Communitys sowie quotiert zivilgesellschaftliche Organisationen in Fachgremien gehört.

Die Arbeitswoche ist maximal vier Tage lang. So haben Menschen jeden Alters mehr Zeit für Kreativität und Kultur, die sie auch für digitale Experimente, Hacks und digitalpolitisches Engagement nutzen.

Die Schere zwischen Mittellosen und Reichen schließt sich kontinuierlich. Unternehmensgewinne digitaler Produkte werden in Deutschland versteuert. Eine neue Gründer*innengeneration baut digitale Unternehmen auf, die soziale Innovationen voranbringen. Algorithmusbasierte Entscheidungssysteme und Künstliche-Intelligenz-Technologie sind inklusiv und als Open Source ge-

staltet. Ihr Einsatz unterstützt die soziale Durchmischung von Wohngebieten oder das digitalisierte Personalmanagement.

Welche Leitplanken wurden gelegt, um dorthin zu kommen? Wann fand ein Umdenken statt und wie beeinflusst es unsere Gesellschaft in 2030 positiv?

Empirische Daten zu systemimmanentem und strukturellem Rassismus werden erhoben und disaggregiert. Eine Zivilgesellschaftsquote in Gremien zu Fragen der Digitalisierung wird eingeführt. Rassismuskritische und feministische Künstliche Intelligenz ist ein neuer zertifizierter Standard, der für Bürger*innen einsehbar und mit einem Qualitätssiegel versehen ist.

Dekolonialisierung und Geschlechtergerechtigkeit wurden in der frühkindlichen Bildung verankert. Empowerende Narrative und neue Geschichten aus intersektional arbeitenden sozialen Bewegungen tragen zur politischen Bildung der Gesellschaft bei.

Unsere Forderungen an die Politik

Digitale Infrastruktur: 5G- und Glasfaser-Internetanschlüsse überall und kostengünstig bis 2027, Ausbau kostenloser Freifunk-Angebote

Staatliche Förderung gemeinwohlorientierter genossenschaftlicher Plattformen und Open-Source-Projekte

Staatliche Förderung und Zertifizierung inklusiver ADM- und KI-Technologie. Alle in der Verwaltung eingesetzten Tools werden auf ihre Diskriminierungsfreiheit geprüft

Förderung neuer Geschäftsmodelle: Staatlicher Wagniskapitalfonds, der Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit als Kriterien für Gründer*innenzuschüsse und bei öffentlichen Aufträgen voraussetzt

Individuelle Selbstbestimmung durch institutionelle Verantwortung

Autorin:
Luise Kranich, FZI
Forschungszentrum
Informatik.

Das FZI Forschungszentrum Informatik ist das führende unabhängige Institut für angewandte Spitzenforschung sowie Wissens- und Technologietransfer im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) mit Sitz in Karlsruhe und Außenstelle in Berlin. Als gemeinnützige und unabhängige Stiftung bürgerlichen Rechts wollen wir die Zukunft verantwortungsbewusst und zum Wohle der Gesellschaft mitgestalten. Als unabhängiger Treiber von IKT-Innovationen sind wir uns der gesellschaftlichen Verantwortung bewusst, die wir für die Gestaltung des digitalen Wandels tragen. Deshalb sehen wir es als unsere Aufgabe, unsere Haltungen zu wichtigen Forschungsthemen und den damit verbundenen, unter Umständen gesellschaftlich kontrovers diskutierten Aspekten im Sinne der Transparenz öffentlich darzulegen und zur Diskussion zu stellen.

Digitale Souveränität umfasst die Fähigkeiten, Rechte und Möglichkeiten von Menschen und Organisationen, um in der digitalen Welt selbstbestimmt und sicher zu agieren sowie das Digitale im gesellschaftlichen Interesse zu gestalten. Einige Geschäftsmodelle und Mechanismen stehen der digitalen Souveränität heutzutage allerdings entgegen.

Dies können algorithmische Besonderheiten wie gewollte oder unabsichtliche Diskriminierung durch Algorithmen und Filterblasen sowie Hass und Hetze in sozialen Netzwerken sein. Sie können sich aber auch auf die Interaktion zwischen Nutzenden und Plattformen beziehen: durch Informationsasymmetrie er-

geben sich Einschränkungen der freien Entscheidung zugunsten oder gegen die Nutzung eines Dienstes. Beispiele hierfür sind unnötig komplexe Nutzungsbedingungen, Skaleneffekte und Dark Patterns. Auf Infrastruktur- und Hardwareebene erschweren

»Wir fordern: Einen runden Tisch aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft mit digitaler Souveränität als Leitprinzip.«

Lock-In-Effekte, hohe Aufwände bei der Nutzung alternativer Systeme und fehlender Support für sogenannte Legacy-Systeme für die freie und unabhängige Entscheidungsfindung.



Unsere Vision für 2030

2030 – die deutsche und europäische Digitalpolitik hat sich die digitale Souveränität ihrer Bürger*innen als übergeordnetes Ziel gesetzt, und das unabhängig von Faktoren wie Einkommen, Bildungsgrad, Geschlecht oder kulturellem Hintergrund.

Um das zu ermöglichen, müssen auch die an der Gestaltung der digitalen Welt maßgeblich beteiligten Unternehmen und Institutionen über entsprechende Kompetenz verfügen, einen Technologieeinsatz zu bewerten und neue Technologien zu entwickeln. Um Digitalisierung selbstbestimmt und effizient nutzen, entwickeln und vermarkten zu können, müssen wir also folgende Fragen beantworten: Welche konkreten Entwicklungs- und Herstellungskompetenzen benötigen unsere Organisationen, um in relevanten Technologiefeldern Vorreiterinnen zu sein?

Über welche Prüf- und Veredelungskompetenzen müssen wir verfügen, um Technologien Dritter selbstbestimmt einsetzen zu können?

Zur Beantwortung dieser Fragen dient der interdisziplinär entwickelte und kontinuierlich aktualisierte Index digitaler Souveränität. Mit diesem Werkzeug ist es möglich, Handlungsfähigkeit im digitalen Raum zu messen und strategisch zu steuern: Bereits im Jahr 2017 wurde der Grundstein für diesen Index gelegt, ein Vorgehensmodell für eine partizipative Plattform zur interdisziplinären Erarbeitung priorisierter Handlungsempfehlungen dann 2021 entwickelt.

Der Index besteht im Wesentlichen aus zwei methodischen Elementen, die sich gegenseitig ergänzen und befruchten: (1) „Insights from Data“ (Datensammlung und Monitoring zu

relevanten Technologiefeldern und Aufarbeitung zu Status quo und Entwicklungsperspektiven anhand definierter Bewertungsdimensionen) und (2) „Insights from Experts“ (themenspezifische Workshopreihen/ runde Tische zur Erarbeitung konkreter Handlungsempfehlungen unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen). Das zugehörige Methodik- und Evaluationscockpit wird durch einen interdisziplinär besetzten Steuerkreis kontinuierlich weiterentwickelt.

Bürger*innen können sich jederzeit über den aktuellen Stand der Kennzahlen und der zugehörigen Quellen informieren und sich über verschiedene partizipative Formate an der Maßnahmenentwicklung beteiligen. Die mitzeichnenden Organisationen der Initiative Digitale Zivilgesellschaft 2021 stehen für die Vermittlung spezifischer Fachexpertise gerne bereit.

Unsere Forderungen an die Politik

Die Stärkung der digitalen Souveränität Deutschlands ist eine komplexe Zielsetzung – eine Gleichung mit vielen Unbekannten in einem sehr dynamischen Umfeld. Zwei Weichenstellungen ermöglichen eine effektive Navigation durch dieses unruhige Fahrwasser:

- Die Bundesregierung beschließt und fördert die Entwicklung eines Index digitaler Souveränität, konkret: Die Bundesregierung verfasst gemeinsam mit einem runden Tisch, der paritätisch aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft besetzt ist, eine digitale Mission mit digitaler Souveränität als Leitprinzip.
- Die Umsetzung der Digitalmissionen in den einzelnen Ressorts wird durch ein transparentes, messbares Monitoring eines Katalogs an Maßnahmen begleitet, die der digitalen Souveränität dienen.

Technologie: Privacy- und Security-by-Design-Ansätze werden nicht nur als Grundlage unternehmerischen und staatlichen Handelns konsequent umgesetzt, sondern ergänzt und zu einem Sovereignty-by-Design-Prinzip weiterentwickelt. Das bedeutet eine klare Priorisierung des Dreiklangs aus Kompetenzentwicklung, Nachhaltigkeit/ Wiederverwendbarkeit und Gerechtigkeit gegenüber kurzfristigen Einzelinteressen.

Mit offenen Daten zu offener Regierungsführung

Die Digitalisierung wird selten in einem Atemzug mit offener Regierungsführung genannt. Im internationalen Vergleich schneidet Deutschland sowohl in Bezug auf offenes Regierungshandeln als auch den Zugang zu offenen Verwaltungsdaten und

»Es ist höchste Zeit, das Informationsfreiheitsgesetz zu einem echten Transparenzgesetz weiterzuentwickeln.«

die Nutzung digitaler Technologien schlecht ab. Auch die Verbreitung von digitalen Technologien in der Verwaltung und der Zugang zu schnellem Internet sind im internationalen Vergleich verbesserungswürdig. Bei der

Transparenz besteht ebenfalls Handlungsbedarf: So übermitteln Behörden immer noch geschwärzte Ausdrücke als Antwort auf Informationsfreiheitsanfragen und machen von den zahlreichen Ausnahmeregelungen Gebrauch.

Mit Verweis auf den Datenschutz, auf Urheberrecht, Marken- und Patentrecht sowie Geschäftsgeheimnisse wird den Bürger*innen der Zugang zu staatlichen Informationen oft teilweise oder sogar ganz verweigert. Als Gründe für dieses mangelhafte Abschneiden sind die fehlende politische Unterstützung und die auf Freiwilligkeit und Unverbindlichkeit basierenden bisherigen Maßnahmen zu nennen. Einen Rechtsanspruch auf offene Daten gibt es bisher nicht.

Autorin:
Henriette Litta, Open Knowledge Foundation Deutschland e. V. (OKF DE)

Offenes Wissen ist in einem demokratischen Staat Voraussetzung jeder Mitbestimmung, weshalb sich die OKF DE dafür einsetzt, dass Wissen online wie offline offen verfügbar ist. Wir fördern den freien Zugang zu Informationen, die Stärkung von offener Soft- und Hardware und die Aneignung digitaler Kompetenzen, damit Menschen informierte Entscheidungen treffen, sich aktiv in soziale, gesellschaftliche und demokratische Prozesse einbringen und diese gestalten können. Die Öffnung von Daten soll nicht nur politische Teilhabe stärken, sondern auch politisches Handeln transparent und nachvollziehbar machen.

Unsere Vision für 2030

Unsere Vision ist die Entstehung eines Ökosystems des offenen Wissens und des offenen Regierungshandelns, das Vertrauen in staatliches Handeln stärkt und der Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle in der Gestaltung der gemeinwohlorientierten Digitalpolitik ermöglicht.

Ein Wesenskern dieser Offenheit ist die Umsetzung des Grundrechts der Bürger*innen auf ein flächendeckend schnelles Internet, in dem Meinungs-freiheit garantiert, Anonymität möglich und die Privatsphäre der Individuen geschützt ist. Offenes Wissen schafft Transparenz, stärkt die Rechenschaftspflicht und führt über effiziente Verwaltung zu offener Regierungsführung. Der Zugang zu amtlichen Informationen ist umfassend, unmittelbar und barrierefrei. Staatliche Akteur*innen stellen Informationen und Datensätze regelmäßig und proaktiv zur Verfügung, Ausnahmen sind auf ein Minimum begrenzt. Dies ermöglicht eine bessere Kontrolle des staatlichen Handelns. Alle Bundesländer sind auf dem

zentralen GovData-Portal vertreten, alle Kommunen haben ihre Daten geöffnet. Die Open-Data-Koordinator*innen der Bundesministerien sind zu Open-Data-Beauftragten mit einem der Datenschutzbeauftragten vergleichbaren Mandat aufgewertet worden.

Die transparente Bereitstellung von offenen Daten inspiriert auch Akteur*innen aus anderen Sektoren, Daten zur Verfügung zu stellen und offene Daten nachzunutzen. Daraus entstehen Civic-Tech-Anwendungen für das Gemeinwohl ebenso wie kommerzielle digitale Produkte – auch europäische und internationale Akteur*innen engagieren sich in diesem Ökosystem. Die Bundesregierung stellt sicher, dass offene Lizenzen bei staatlich geförderten Produkten konsequent verwendet werden, und gewährleistet damit, dass die Ergebnisse wieder der Gesamtgesellschaft zukommen und nicht nur einzelne Unternehmen davon profitieren. Auf diese Weise können beispielsweise auch Digital-Ehrenamtliche wirken, ohne juristische Konsequenzen befürchten zu müssen. Neben Soft- und Hardware gilt dies auch

für Forschungsergebnisse, die staatlich finanziert werden.

Die Zeit der Innovationslabore ist vorbei. Stattdessen wächst die Erkenntnis, dass es wirksamer und nachhaltiger ist, die Umsetzung der digitalen Transformation nicht in separaten, agilen Teams zu organisieren, sondern die Regelstrukturen so umzubauen, dass innerhalb dieser Strukturen selbst an der Umsetzung der Digitalisierung gearbeitet wird. Zusätzlich gibt es eine Co-Creation-Strategie der Bundesregierung, die Verwaltungsstrukturen für sektorenübergreifende Zusammenarbeit öffnet. Alle gesellschaftlichen Gruppen arbeiten nicht nur ausnahmsweise, sondern regelmäßig und langfristig an der Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen. Wichtiger Teil der Strategie ist die Möglichkeit, erfolgreich erprobte, gemeinwohlorientierte Civic-Tech-Projekte, die aus der Zivilgesellschaft entstanden sind, bei den zuständigen Behörden aufzunehmen und zu verstetigen, so wie es wenige Jahre zuvor erfolgreich mit kleineAnfragen.de gelungen ist.

Unsere Forderungen an die Politik

Verabschiedung eines Transparenzgesetzes des Bundes: Meint man es mit der offenen Regierungsführung wirklich ernst, müssen auch die nötigen Durchsetzungsmöglichkeiten bei der Informationsfreiheit geschaffen werden. Es ist höchste Zeit, das Informationsfreiheitsgesetz zu einem echten Transparenzgesetz weiterzuentwickeln, das auch einen Rechtsanspruch auf Open Data beinhaltet. Offene Verwaltungsdaten sind ein Gemeingut und sollen standardmäßig offen zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere sollen solche Daten, die demokratische Kontrolle ermöglichen, öffentlich einsehbar, maschinenlesbar und mit offenen Schnittstellen automatisiert abrufbar sein. Hierzu zählen u. a. Verträge für steuerlich finanzierte Aufträge, Plenarprotokolle, Dokumente und Anträge im Bundestag. Grundsätzlich sollten aber alle Verwaltungsdaten veröffentlicht werden, sofern keine datenschutz- oder urheberrechtlichen Ausschlussgründe vorliegen.

Beratung und Co-Creation mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen: Bevor Technologien entwickelt werden oder zum Einsatz kommen, soll eine partizipative Technikfolgenabschätzung unter Einbeziehung von Expert*innen der Zivilgesellschaft erfolgen. Dabei sollen insbesondere Kriterien für den gesellschaftlichen Mehrwert einer Anwendung berücksichtigt werden. Zu ihnen gehören u. a. die Gemeinwohlorientierung, der Einsatz von Open-Source-Software, der Einbezug besonders vulnerabler Gruppen in die Entwicklung sowie die Barrierefreiheit. Zur besseren Vernetzung mit der Zivilgesellschaft soll eine Datenbank aus Expert*innen der Zivilgesellschaft aufgebaut werden, um vielfältige Expertise bei Konferenzen, Panels, Anhörungen etc. einzubinden.

Offene Technologiebildung stärken: Damit Technologien nicht ohne Rücksicht auf ihre Konsequenzen eingesetzt werden, müssen Menschen aller Altersgruppen befähigt werden, sich selbstbestimmt und kritisch mit der Nutzung digitaler Medien und Technik auseinanderzusetzen. Diese offene Technologiebildung wird von vielen Digital-Ehrenamtlichen unterstützt, indem sie offene Lehr- und Lernmaterialien entwickeln, Workshops geben, erklären, ausprobieren und technische Geräte auseinandernehmen. Um schneller in die Fläche zu gelangen, sollten besonders außerschulische Lernorte in den Blick genommen werden, die bereits jetzt mit Programmen wie „Jugend hackt“ eine wichtige Ergänzung zu schulischen Angeboten bilden.

Nur wenn das Internet dem Gemeinwohl dient, wird es ein Raum für alle

Autor:
John Weitzmann, Leiter
Politik und Recht,
Wikimedia Deutschland
e. V.

Wikimedia Deutschland ist ein gemeinnütziger Verein mit über 85.000 Mitgliedern und 150 Beschäftigten. Neben San Francisco, dem Sitz der Wikimedia Foundation, ist Berlin damit der zweite große Standort des internationalen Wikimedia Movements. Die Wikimedia-Organisationen unterstützen unter anderem Wikipedia, die fünftbeliebteste Webseite in Deutschland und international die einzige nichtkommerzielle Webseite unter den Top 20.

Zwei Blickwinkel auf das Internet dominieren den politischen Diskurs: Das Netz als Werkzeug des grenzenlosen Kommerzes und übergroßer Konzernmacht und das Netz als allgegenwärtiges Überwachungsinstrument. Im Begriff „Überwachungskapitalismus“ kommen beide zusammen. Was bei alledem meist übersehen wird, ist der sogenannte „Dritte Sektor“ des Netzes. Dieser gemeinnützig getragene und auf das Wohl aller ausgerichtete Teil des Netzes führt schon heute vor, was ein Netz für alle morgen sein könnte: Ein Raum für alle, ein echtes Public Interest Internet.

In diesem Raum können Menschen aus aller Welt miteinander in Kontakt treten, Wissen teilen und gemeinsame Entscheidungen treffen – und

»Mitverantwortung wie bei Wikipedia, statt eine amorphe Masse zu sein«

sie tragen dabei echte gegenseitige Mitverantwortung, wie bei Wikipedia, statt eine amorphe Masse zu sein auf Plattformen anderer. Solche Gemeinschaften regulieren sich im Rahmen der Gesetze selbst.



Unsere Vision für 2030

Das größte Projekt des gemeinwohlorientierten Internets kennen die meisten. Es heißt Wikipedia. Doch neben ihm gibt es zahllose weitere Projekte ohne Kommerz-hintergrund und ohne staatliche Eingriffe, getragen von Initiativen, Kooperativen und Netzwerken. Dieser wichtige Dritte Sektor muss angemessene Spielregeln erhalten.

Die Betonung liegt dabei auf dem Wort „angemessen“.

Nicht die Regeln für profit-orientierte Dienste dürfen hier der Maßstab sein. Wir brauchen vielmehr Regeln, die möglichst vielen Menschen die Chance geben, das Internet der Zukunft aktiv mitzugestalten. Nur auf diesem Weg kann eine demokratische Digitalisierung gelingen.

Nur in einem Umfeld mündiger und eigenverantwortlicher Netznutzender mit echter Gestaltungsmacht können soziale Normen entstehen, die dem Netz von heute vielfach so schmerzlich fehlen. Erst durch wirksame soziale Normen, freien Austausch und umfassende Inklusion wird das Netz der Zukunft zu einem auf Grundwerte gebauten und wahrhaft öffentlichen Raum, einem Raum für alle.

Unsere Forderungen an die Politik

Die Bundesregierung muss den Einfluss Deutschlands bei der EU-Gesetzgebung dahingehend geltend machen, dass im Rahmen des kommenden „Digitale-Dienste-Gesetzes“ der EU (Digital Services Act, DSA) spezielle Regeln für gemeinnützige Plattformen geschaffen werden. Das gilt insbesondere für Plattformen, die durch selbstverwaltete Nutzendencommunitys getragen werden.

Um die Kommunikationsgrundrechte zu sichern, darf bei der Netzregulierung keine neue „graue“ Kategorie von Netzinhalten geschaffen werden, die zwar nicht illegal sind, aber dennoch als unerwünscht sanktioniert werden. Inhalte, die aus dem Netz verschwinden sollen, müssen zuvor in einem demokratisch legitimierten parlamentarischen Prozess für illegal erklärt werden. Anders ist eine justizielle Kontrolle nicht möglich und der Grundrechtsschutz ausgehebelt.

Digital gelebtes Engagement muss gesellschaftlich in vergleichbarer Weise anerkannt und gefördert werden wie Engagement außerhalb des Netzes. Hierfür ist unter anderem erforderlich, dass Ehrenamtlichen-Communitys der Zugang zu den Ressourcen, die sie vor allem für ihre Arbeit benötigen, erleichtert wird. Dazu gehören Inhalte, mit denen sie arbeiten können, und Zeit. Auch müssen Haftungsrisiken für ehrenamtliche und gemeinnützige Netzprojekte jederzeit tragbar bleiben.

Um den Plattformen des Public Interest Internet bessere Chancen gegenüber digitalen Großkonzernen zu verschaffen, müssen genossenschaftliche und andere alternative Finanzierungsmodelle vonseiten des Staates begünstigt, offene Schnittstellen gefördert und die Datenbestände besonders mächtiger Online-Dienste auch für Externe zugänglich gemacht werden.

Ohne Kulturwandel kein digitaler Wandel

Abgelaufener Personalausweis, Ummeldung oder Kindergeldbeantragung – auch wenn sich 85 Prozent der Deutschen wünschen, Verwaltungsleistungen online in Anspruch zu nehmen, führen die Wege immer noch ins Amt. Deutschlands Aufholbedarf spiegelt sich im Ranking des „Digital Economy and Society Index“ der EU wider: Mit Blick auf das E-Government belegt Deutschland im europäischen Vergleich nur Platz 21.

»85 % wünschen sich Verwaltungsleistungen online, doch die Wege führen immer noch ins Amt.«

Deutschland hat sich im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) verpflichtet, Verwaltungsleistungen bis Ende 2022 elektronisch anzubieten, und dafür 3 Milliarden Euro bereitgestellt. Mangelnde Investitionen

scheinen also nicht der Grund für die schleichende Umsetzung zu sein. Vielmehr hakt es an vielen Stellen in der Organisation: von der grundlegenden Prüfung der Prozesse, Strukturen und Gesetze auf ihre Digitaltauglichkeit sowie deren Modernisierung über die Ausbildung digitaler Kompetenzen, die Schaffung der technischen digitalen Infrastruktur bis zur Definition eindeutiger Zuständigkeiten.

Nur wenige der Themen und Handlungsbereiche der digitalen Verwaltungstransformation, z. B. die Umsetzung einer digitalen Identität, zielen auf die Entstehung neuer Austausch- und Kollaborationsmöglichkeiten zwischen Gesellschaft und Politik. Durch die derzeit fehlende Einbindung der Zivilgesellschaft bleibt enormes Potenzial ungenutzt.

Autor:
Stiftung Neue Verantwortung e. V. – Thinktank für digitale Technologien, Politik und Gesellschaft. Im Bereich der Außenpolitik, in der Wirtschaftspolitik oder in der Umweltpolitik existiert in Deutschland eine Vielzahl hervorragender Forschungsinstitute und Denkfabriken. Bei Fragen der Digitalisierung und neuer Technologien fehlen vergleichbare Organisationen, in denen Expert*innen zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Fragen unabhängig arbeiten. Diese Lücke in der deutschen Instituts- und Thinktank-Landschaft möchte die Stiftung Neue Verantwortung (SNV) füllen. Dafür bringen wir technisches Fachwissen und Expertise zu gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen in einer Organisation zusammen.



Unsere Vision für 2030

Politik und Verwaltung haben die Herausforderungen der Verwaltungsdigitalisierung in einen größeren Kontext eingebettet und nicht nur Verwaltungsservices erfolgreich digitalisiert, sondern die Weiterentwicklung unserer Demokratie angestoßen. Im Zentrum steht ein neues Selbstverständnis von Politik und Verwaltung: offen, kollaborativ, proaktiv und moderierend. Komplexe und dynamische Themenfelder werden mithilfe eines Netzwerks an Expert*innen und Praktiker*innen außerhalb der Verwaltung analysiert und bearbeitet. In neuen Dialog- und Austauschformaten wie Hackathons oder Simulationen kommen Akteur*innen aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft zusammen. Das Regierungshandeln ist offener für Austausch, Feedback und Input von zivilgesellschaftlicher

Expertise geworden. In Umfragen bestätigen die Bürger*innen regelmäßig ihr hohes Vertrauen in und ihre Zufriedenheit mit Regierungs- und Verwaltungsinstitutionen.

Im Jahr 2030 ist „Digital first“ in Verwaltungsprozessen mithilfe einer sicheren digitalen Identität eine Selbstverständlichkeit. Bürger*innen und Unternehmen müssen nur ein einziges Mal ihre Daten abgeben und können anschließend mit wenigen Klicks alle Leistungen der öffentlichen Hand von zu Hause aus beantragen. Der Gang zum Amt fällt weg und erhöht die Flexibilität der Bürger*innen. Sie müssen sich auch nicht länger durch Papierberge oder Online-Formulare arbeiten. Leistungen, die ihnen zustehen, werden ihnen proaktiv von den Behörden angeboten.

Die digitalen Angebote werden durch das Feedback der Bürger*innen von digital ge-

schulten Mitarbeiter*innen in interdisziplinärer Zusammenarbeit ständig verbessert und weiterentwickelt. Mit hauseigener IT können neue Projekte schnell und kostengünstig umgesetzt werden. Der Schlüssel zum Erfolg ist zudem die Attraktivität der öffentlichen Hand als Arbeitgeberin. Verwaltungsangestellte können sich in modernen, digitalen und projektorientierten Arbeitsstrukturen kontinuierlich weiterentwickeln und neue Kompetenzen aufbauen. Dieser interne Kulturwandel zeigt sich auch nach außen: serviceorientiert gegenüber Bürger*innen und innovativ in der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. Förderprogramme mit dem Ziel, die digitale Verwaltung nach den gesellschaftlichen Bedarfen weiterzuentwickeln, bringen Ministerien, Behörden und Zivilgesellschaft an einen Tisch.

Unsere Forderungen an die Politik

Handlungsschritte auf dem Weg zur Vision: Die neue Regierung setzte zum Beginn der neuen Legislaturperiode 2021 den Grundstein für einen politischen Kulturwandel. Voraussetzung für die Entwicklung und Implementierung erfolgreicher Maßnahmen war die Erkenntnis im Kabinett, dass die Arbeit der Bundesregierung grundlegend weiterentwickelt werden muss. Auf Basis einer umfassenden Analyse wurden Missionen zur Lösung der wichtigsten Probleme definiert. Die politisch Verantwortlichen verpflichteten sich dazu, alle Hindernisse zum Erreichen der Missionen auszuräumen, insbesondere bestehende Prozesse und Strukturen, die der Mission im Weg standen.

Mission 1: der öffentliche Dienst wird der attraktivste Arbeitgeber in Deutschland. Hierzu werden zum Beispiel die Laufbahnwege flexibilisiert, projekt- und ressortübergreifende Zusammenarbeit gefördert, Weiterbildungsangebote verbessert und eine agilere und teamorientierte Arbeitskultur angeregt.

Mission 2: die klügsten Köpfe auch auf Leitungsebenen für die Digitalisierung gewinnen. Es werden Maßnahmen ergriffen, um den Austausch von Leitungspersonal zwischen Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Verwaltung zu fördern. Dazu gehören unter anderem eine Reform der sozialen Absicherung zur Erleichterung von sektorenübergreifendem Personalwechsel, eine Flexibilisierung von Verwaltungslaufbahnen und die Entwicklung von Anreizen für mehr Austausch, besonders auf den Leitungsebenen.

Mission 3: Zuständigkeiten und Entscheidungsprozesse vereinfachen. Eine grundlegende Föderalismus-Reform ermöglicht die Entflechtung der Zuständigkeiten von Bund und Ländern sowie eine effizientere Zusammenarbeit. Entscheidungsprozesse werden so nicht nur beschleunigt, sondern auch transparenter.

Mission 4: die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft fördern. Hierzu werden neue Partizipationsprozesse und Förderinstrumente entwickelt, die besser auf die Bedürfnisse zivilgesellschaftlicher Organisationen abgestimmt sind. Voraussetzung für diese Entwicklung ist der verstärkte Austausch zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft, in dem gegenseitiges Verständnis aufgebaut und Vorurteile abgebaut werden.

Mission 5: Kultur und Instrumente der Förderung von Innovation in der öffentlichen Verwaltung verankern. Es werden Konzepte für interne Challenges und Ideen-Inkubatoren entwickelt, über die eine Kultur der Innovation in der öffentlichen Verwaltung verankert wird. Konstruktive Kritik an Verwaltungsprozessen und die Mitarbeit an Verbesserungsvorschlägen werden auf allen Ebenen gefördert.

TINCON

Think radical!

Seit Jahren sprechen wir von der „Digitalisierung der Schulen“. Das klingt, als ob Digitalisierung ein zeitlich begrenzter Prozess innerhalb der Institution Schule wäre, der irgendwann abgeschlossen ist.

Allerdings werden Schulen mit der dringend benötigten besseren Hardware-Ausstattung gerade einmal auf den Stand der Schüler*innen gebracht, die mit ihren Smartphones das Wissen der Welt in der Tasche tragen und in den meisten Fällen zu Hause und oft auch unterwegs über schnelle Internetzugänge verfügen.

Schulen lediglich über die Hardware und eine fast überall normale Internet-Verbindung zu digitalisieren, bringt die Lehrinstitutionen also gerade einmal auf den seit Jahren existierenden technischen Stand. Geschult im

Umgang mit den digitalen Gerätschaften und deren Inhalten, vorbereitet auf Fake News und Online-Mobbing oder ausgebildet in Sachen Quellenrecherche ist dann aber immer noch niemand.

»Weitere verträdelte Jahre kann sich Deutschland nicht leisten.«

Dies gilt besonders für die Lehrkräfte. Wie Smartphones und andere Endgeräte bedient werden, wissen Schüler*innen. Wie man sich aber sicher in digitalen Lebenswelten bewegt, welche Regeln gelten, wie Information ins Internet kommt, wie einzelne Medienkanäle zu bewerten sind – dieses Wissen müssen junge Menschen allein erwerben. Bislang steht ihnen nur selten jemand dabei zur Seite, der sie an die Hand nimmt.

Autor:
Johnny Haeusler ist ein Berliner Autor, Musiker, Gründer und Geschäftsführer der re:publica sowie Vorsitzender des TINCON e. V., mit dem er sich für mehr Aufmerksamkeit für junge Stimmen und Lebensrealitäten engagiert.

Unsere Vision für 2030 und Forderungen an die Politik

Schon jetzt gibt es eine junge Generation, die nur wenig Vertrauen in die Kompetenz der Schulen und Lehrkräfte hat. Hält dieser Trend weiter an, verschwinden die für das Aufwachsen der Kinder und Jugendlichen wichtigen Leitplanken und Autoritäten. Die Folgen sind schon jetzt in Ansätzen zu beobachten: Ein genereller Vertrauensverlust in staatliche Institutionen und Kompetenzen bis hin zum Anzweifeln des gesamten demokratischen Staatssystems kann verheerende Folgen haben.

Es bleibt also nicht mehr viel Zeit und es braucht radikale Einschnitte im System. Weitere verträdelte Jahre kann sich Deutschland nicht leisten. Die Schulen bleiben sonst auf der Strecke. Für eine Vorreiter*innenrolle in Sachen digitaler Bildung ist es wahrscheinlich bereits zu spät, doch wenigstens den Anschluss muss das Land schaffen – im wahrsten Sinne des Wortes.

Dies kann nur mit gemeinsamem Handeln erreicht werden. Man kann von Lehrkräften nicht verlangen, innerhalb kurzer Zeit zu Expert*innen der digitalen Welt zu werden. Doch die Vermittlung digitaler Kompetenzen in der Aus- und Weiterbildung kann verpflichtend statt optional gestaltet werden, es kann eine Öffnung der Schulen für externe Expertise erwartet werden und nicht zuletzt können Schüler*innen viel mehr in die Bewältigung der Herausforderungen eingebunden werden.

Eine Win-win-win-Situation ließe sich erreichen, wenn sich digitale Fachleute (und unter bestimmten Voraussetzungen auch Unternehmen) mit Lehrkräften und Schüler*innen zusammentun würden, um eine sich ständig weiterentwickelnde digitale Realität zu verfolgen, zu analysieren, zu entdecken, zu lehren und zu lernen! Schüler*innen teilen ihr selbst erlerntes Wissen und ihre Erlebnisse, sie erfahren Selbstwirksamkeit und gewinnen Selbstvertrauen. Lehrkräfte lernen von externen Fachkräften und ihren Schüler*innen womöglich viel mehr als in Seminaren. Kommen Externe unterstützend hinzu, ist

es ein weiterer Schritt bei dem Versuch, die Bildung der Kinder als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu sehen.

Dafür müssen eine gewisse Radikalität und eine neue Aufstellung von Unterricht und Schule an den Tag gelegt werden: Weg vom hierarchischen Denken der Wissenshoheit, hin zu kooperativ gelösten Aufgaben, flexiblen Grenzen zwischen Sender*innen und Empfänger*innen, Analyse von Wissen und Information statt reiner Wissensvermittlung und Abfrage von einzelnen Lehrinhalten sowie Kompetenzerwerb durch ganzheitliche, bereichsübergreifende Betrachtungsweisen und Erkenntnisse.

All diese Faktoren und Fähigkeiten sind ein wichtiger Teil einer neu gedachten Bildung, die alle auch in den digitalen Welten selbst hilfreich sind. Es ist Zeit, dass wir ihre Umsetzung und Integration an Schulen einfordern.

Unsere Vision für die Modernisierung der öffentlichen digitalen Infrastruktur

Die von den öffentlichen Verwaltungen angebotenen und genutzten digitalen Dienste sind die kritische Infrastruktur demokratischer Staaten des 21. Jahrhunderts. Um vertrauenswürdige Systeme zu etablieren, müssen öffentliche Stellen sicherstellen, dass sie die vollständige Kontrolle über die Software und die Computersysteme haben. Doch im Moment ist dies aufgrund restriktiver Softwarelizenzen nur selten der Fall. Diese proprietären Softwarelizenzen untersagen die Weitergabe und den Austausch von öffentlich finanziertem Code. Dies verhindert eine Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Verwaltungen und behindert die weitere Entwicklung.

Durch intransparente Codes entsteht darüber hinaus eine Bedrohung für die Sicherheit der digitalen Infrastruktur. Das Be-

heben von Sicherheitslücken wird dadurch erschwert, wenn nicht gar unmöglich. Zudem sind die Kosten für proprietäre Anwendungen in den letzten Jahren explodiert. Der Bundesrechnungshof hat in der Vergangenheit bereits mehrfach angemahnt, verstärkt auf Freie Software zu setzen.

»Digitale Dienste sind die kritische Infrastruktur demokratischer Staaten des 21. Jahrhunderts.«

Auch die Coronakrise hat verdeutlicht, wie schlecht es um die Digitalisierung bestellt ist: Auf der einen Seite fehlende Anwendungen, auf der anderen Seite veraltete und geschlossene Systeme, die datenschutzrechtliche Probleme hervorrufen und durch fehlende Interoperabilität Zusammenarbeit verhindern.

Autor:
Alexander Sander, Free Software Foundation Europe. Die Free Software Foundation Europe ist ein gemeinnütziger Verein, der sich für einen selbstbestimmten Umgang mit Technik einsetzt.



Jetzt die Weichen stellen

Es ist keine leichte Aufgabe, die Abhängigkeiten der letzten Jahrzehnte zu lösen. Daher muss eine Migration hin zu Freier Software Schritt für Schritt erfolgen: Immer dann, wenn neue Software beschafft oder entwickelt werden muss, ist auf Freie Software umzusteigen. Es braucht Freie Software, um den Austausch guter Ideen und Lösungen zu fördern. So können wir die IT-Dienste für Menschen überall in Europa verbessern.

Wir brauchen Freie Software, um Wahlfreiheit, Zugang und

Wettbewerb zu garantieren. Wir brauchen Freie Software, mit der öffentliche Verwaltungen die volle Kontrolle über ihre kritische digitale Infrastruktur zurückgewinnen. Damit werden und bleiben sie unabhängig von einigen wenigen großen Unternehmen. Freie Software erlaubt, Anwendungen, die wir täglich einsetzen, frei zu verwenden, zu verstehen, zu verbreiten und zu verbessern.

Freie Software ermöglicht durch offene Standards Interoperabilität und somit globale Kommunikation und Zusammenarbeit. Sie ermöglicht zudem eine gemeinsame und grenzübergreifende rechtssichere Entwicklung und Weiter-

entwicklung von Anwendungen. Gerade in Verwaltungen sind die benötigten Anwendungen sehr ähnlich. Statt ständig das Rad neu zu erfinden und Gelder für Lizenzen auszugeben, ist eine gemeinsame Beschaffung oder Entwicklung zielführend. Schließlich wird durch einen transparenten Code auch Vertrauen geschaffen, da so überprüfbar ist, ob geltendes Recht eingehalten und z. B. die Privatsphäre geachtet wird. Daher ist es dringend geboten, dem Prinzip „Public Money? Public Code!“ zu folgen: Handelt es sich um öffentliche Gelder, sollte auch der Code öffentlich sein!

Unsere Forderungen an die Politik

Um die Ziele erreichen zu können, bedarf es konkreter Handlungsschritte. Willensbekundungen sind nicht ausreichend. Daher fordern wir von einer künftigen Bundesregierung folgende Maßnahmen:

Konkrete und überprüfbare Ziele für die kommende Legislaturperiode im Hinblick auf den Einsatz von Freier Software

Konkrete und überprüfbare Ziele zum Abbau von Abhängigkeiten von proprietären Anbieter*innen

Konkrete Gesetzesinitiativen zur Reform des Vergaberechts, um Freie Software einfacher beschaffen zu können

Begründungspflicht gegenüber der Öffentlichkeit bei der Beschaffung von proprietärer Software und Kontrollbefugnisse für den Bundesrechnungshof

Rahmenverträge für Freie-Software-Dienstleistungen für Verwaltungen

Konkrete Maßnahmen zur Förderung Freier Software, etwa der Aufbau einer kollaborativen Freie-Software-Plattform für Verwaltungen, auf der verschiedene Anbieter*innen ihre Anwendungen zur Verfügung stellen können


Konkrete Maßnahmen zur Vernetzung der Verwaltungen untereinander und mit kleinen und mittleren Unternehmen, um die gemeinsame Beschaffung und Entwicklung von Freier Software voranzutreiben

Förderung der Dokumentationen guter Lösungen und Anleitungen

Förderung des Austauschs mit Freie-Software-Projekten, etwa über Freie-Software-Sabbaticals für Mitarbeitende im öffentlichen Dienst

Bereitstellung kleinerer flexibler Budgets, um Verwaltungen einen Spielraum für innovative Lösungen zu ermöglichen

Warum wir Digitalisierung jetzt barrierefrei gestalten müssen



Wenn es um Barrierefreiheit geht, steht die deutsche Bundesregierung mit beiden Beinen auf der Bremse – das gilt für die physische wie für die digitale Welt. Geht nicht, können wir nicht – das ist das Motto. Treiberinnen von Gesetzesinitiativen für eine barrierefreie Gesellschaft sind

»Barrierefreiheit ist nicht ›nice to have‹, sondern ein Menschenrecht!«

stattdessen die UN und die EU, auf nationaler Ebene wird davon nur ein Mindestmaß umgesetzt oder sogar blockiert.

In Deutschland endet die Vorstellungskraft digitaler Barrierefreiheit bei der Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung (die nächstes Jahr übrigens 20 Jahre alt wird). Nicht einmal diese wird konsequent umgesetzt: Ausschreibungen für digitale Produkte oder Dienstleistungen lassen Vorgaben zur Barrierefreiheit schmerzlich vermissen. Im besten Fall wird versucht, fertig programmierte Webseiten oder Apps im Nachhinein noch irgendwie barrierefrei anzubieten. Dabei könnte es so einfach sein: Die Technologie ist da und bietet alle Möglichkeiten, um Digitalisierung barrierefrei zu gestalten. Man muss es nur machen!

Autor:
Über Sozialhelden e. V.: Seit über 15 Jahren arbeiten wir Sozialheld*innen an Lösungen für mehr Teilhabe und Barrierefreiheit. Wir verstehen uns als konstruktive Aktivist*innen, die sich mittels moderner Kommunikation und Technologien für eine bessere Welt für alle einsetzen.



Unsere Vision für 2030

Huch, warum klingelt denn der Wecker heute Morgen 30 Minuten früher? Ach ja, der Aufzug zur U-Bahn, den ich auf dem Weg zur Arbeit benutzen muss, ist kaputt und der Umweg dauert länger. Also raus aus den Federn und rein in den Rollstuhl. Unterwegs buche ich noch schnell die Karten für das Konzert nächste Woche. Hat die Columbiahalle eigentlich ein Bodenleitsystem? Sonst wird das für meine Freundin Katrin doof. Ich google das mal schnell... Super, das gibt es! Den Rollstuhlplatz konnte ich auch direkt online buchen, ganz ohne Anruf!

Diese Zukunftsvision hört sich gar nicht so visionär an, oder? Für jede zehnte Person in Deutschland würde sie aber einen gravierenden Unterschied darstellen und eines ermöglichen: Eine gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, ohne Barrieren, ohne Sonderwünsche, ohne spezielle Bedürfnisse.

In der Zukunft, die wir uns vorstellen, kann jede*r bei einer Hotelreservierung genauso einfach ein barrierefreies Bad wie ein Zimmer mit Meerblick online buchen. Ob ein Video Untertitel hat oder eine Webseite in Leichter

Sprache verfasst ist, ist keine Frage der Barrierefreiheit mehr, sondern so selbstverständlich wie die Tatsache, dass in Zügen nicht geraucht wird. Die Züge haben bis dahin natürlich alle mehr als einen einzigen rollstuhlgerechten Platz.

Digitalisierung kann nur dann einen demokratischen Anspruch stellen, wenn sie barrierefrei ist. Das sollte 2030 eine Selbstverständlichkeit sein. In dem Moment, in dem durch Technik Menschen ausgeschlossen werden, ist der demokratische Grundansatz nicht gegeben.

Unsere Forderungen an die Politik

Als Erstes etwas Grundlegendes: Alle Menschen haben ein Recht auf gleichberechtigte Teilhabe in allen Bereichen des Lebens, sowohl im digitalen als auch im analogen Bereich. Das heißt: Barrierefreiheit ist nicht ‚nice to have‘, sondern ein Menschenrecht! Jeder Mensch hat ein Recht auf umfassenden Zugang zu einer Gesellschaft. Um das zu garantieren, braucht es umfassende gesetzliche Vorgaben, die Standards für Barrierefreiheit festsetzen — auch für die Privatwirtschaft.

Zweitens: Gesetze und Vorgaben sind ein erster Schritt. Aber ihre Umsetzung und Einhaltung muss überprüft werden. Hierfür braucht es Behörden mit Expertise in Sachen Barrierefreiheit sowie die Befugnisse, bei der Missachtung von Verpflichtungen auch eingreifen zu können.

Drittens: Nicht nur die gesetzliche Peitsche zur Umsetzung wird benötigt, sondern auch das Zuckerbrot in Form von Subventionen. Barrierefreier Umbau sollte genauso gefördert werden wie die Photovoltaikanlage auf dem Dach oder das E-Lastenrad.

Viertens: Solange Barrierefreiheit als Nischenthema betrachtet wird und bei Gesetzesinitiativen nur als Nebengedanke auftritt, kann sie ihr Potenzial als Teilhabemotor nicht entfalten. Wir fordern deshalb eine Ombudsperson für Barrierefreiheit in jedem Ministerium. Nur so können wir erreichen, dass Menschen mit Behinderungen etwa bei Klima-, Verkehrs- und Digitalpolitik von Anfang bis Ende mitgedacht und beteiligt werden.

Fünftens: Barrierefreiheit und Zugänglichkeit hilft allen Menschen weiter. Jeder Mensch nutzt gerne einen Aufzug, jeder Mensch mag automatisch öffnende Türen und viele Menschen haben schon Videos mit Untertitel angeschaut, weil sie den Ton gerade nicht anschalten konnten. Barrierefreiheit ist für alle da. Genau diesen Stellenwert braucht das Thema in Politik und Gesellschaft. Wir nennen es Disability Mainstreaming. Nur so wird die Zukunft für uns alle gestaltet.

Wie wir digitale Infrastrukturen für alle aufbauen können

Autor*innen:
Friederike Rohde
& Johanna Pohl
und die Mitglieder
des Arbeitskreises
Zukunftsfähige Digitalität
(Volker Bernhard, Vivian
Frick, Maike Gossen,
Maxim Keller, Felix
Maschewski, Anna-Verena
Nosthoff und Gemina
Picht).

Der Arbeitskreis
Zukunftsfähige Digitalität
gehört zum Rat für
Digitale Ökologie und
bietet Raum für Austausch
und Zusammenarbeit von
jungen Forschenden, die
sich in unterschiedlichen
Disziplinen mit
richtungweisenden
digitalen Themen
beschäftigen. In der taz
FUTURZWEI erscheint seit
2021 eine Kolumne des
Kollegs.

Die digitale Infrastruktur stellt die Basis für die Nutzung aller digitalen Technologien dar und ist einer der entscheidenden Ansatzpunkte für eine nachhaltige digitale Transformation. Steigende Energieverbräuche in den Rechenzentren und Netzwerken sind ebenso kritisch wie die Art und Weise der Herstellung, Nutzung und Entsorgung von Geräten der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sowie die Gestaltung der Software. Der Energie- und Ressourcenverbrauch sowohl für die Produktion von Endgeräten als auch den Betrieb von Geräten, Netzen und Rechenzentren ist erheblich und die sozialen und ökologischen Problemlagen, die damit einhergehen, können nicht getrennt voneinander betrachtet werden.

Die Herstellung der Elektronikkomponenten findet häufig an Standorten mit hohen Kohlestromanteilen im Strommix und unter menschenunwürdigen Bedingungen statt. Der Großteil unserer Smartphones, Rechner und Laptops kann nicht repariert oder langfristig genutzt werden, gleichzeitig haben viele Menschen

»Die derzeitige Gestaltung der digitalen Infrastruktur ist damit weder für die Menschen noch für die Umwelt nachhaltig.«

gar keine Zugangsmöglichkeiten. Die derzeitige Gestaltung der digitalen Infrastruktur ist damit weder für die Menschen noch für die Umwelt nachhaltig.

Unsere Vision für 2030

Der zehn Jahre alte Rechner surrt leise vor sich hin, während ich an einer Online-Konferenz teilnehme, die klimaneutral und komplett mit Open-Source-Lösungen umgesetzt wurde. Auf der Konferenz erklärt die Kanzlerin, dass das Ziel erreicht wurde, alle Rechenzentren in Deutschland mit dem „Blauen Engel“ zu zertifizieren. Künftig dürfen europaweit nur noch neue Rechenzentren gebaut werden, die sich in Gänze mit erneuerbaren Energien versorgen und maximale Nachhaltigkeitsstandards für die Kühlung und Abwärmenutzung einhalten. Die Konferenzpause nutze ich für einen Besuch des Repair-Cafés um die Ecke, da der Akku meines Smartphones kaputt ist.

Schnell habe ich den Akku ausgetauscht und kann mein Smartphone nun viele weitere Jahre nutzen. Später klopft meine Nachbarin an und fragt, ob ich noch eine Ersatzfestplatte für sie

hätte. Dank Freier, offener Software, die benutzungsfreundlich ist, und langlebiger modularer Hardware können alle Menschen selbstständig ihre Geräte reparieren, warten und updaten. Darüber hinaus ist die Herkunft aller Teile nachvollziehbar. Durch den modularen Aufbau können sie zudem recycelt werden. Während ich im Internet surfe, um eine Sammelstelle für meinen alten Akku zu finden, sehe ich die Meldung, dass die großen Technologie-Unternehmen nur noch ein Minimum an Daten sammeln, seitdem sie sich nicht nur der Klimaneutralität, sondern auch der Datensparsamkeit verpflichtet haben.

Nutzer*innen können selbst entscheiden, ob sie ein werbefinanziertes oder kostenpflichtiges Angebot nutzen wollen. „Ein Schritt in die richtige Richtung“, denke ich, und wende mich wieder der Konferenz zu. Der Anteil an zivilgesellschaftlichen Initiativen, die

sich für eine nachhaltige und gemeinwohlorientierte Digitalisierung einsetzen, habe sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt, erklärt die Kanzlerin. Durch die Schaffung des Fördertopfes „Von uns – für uns“ können sich Initiativen unkompliziert und bürokratiefrei über ein Online-Portal um eine Grundfinanzierung von bis zu 10 Jahren bewerben. Voraussetzung ist, dass sie sich dem Gemeinwohl und der nachhaltigen Gestaltung der Gesellschaft verpflichtet haben.

Dank dieser Initiative ist nun in vielen Bereichen Mitbestimmung und Transparenz bei der nachhaltigen Gestaltung der digitalen Transformation eine Selbstverständlichkeit. Prinzipien der Daten- und Technologiesouveränität sowie Privacy-by-Design-Ansätze werden konsequent umgesetzt und Kommunen nutzen die Innovationskraft regionaler sowie zivilgesellschaftlicher Akteur*innen.

Unsere Forderungen an die Politik

Digitale Infrastruktur muss so ressourcen- und energiesparend wie möglich funktionieren. Dazu muss eine verpflichtende Standardisierung von Hardware auf EU-Ebene umgesetzt werden. Bei Neuausschreibungen müssen Betreibende sicherstellen, dass sie die Kriterien für ressourcensparende Rechenzentren und Netzwerke erfüllen. Dazu muss der „Blaue Engel“ für Rechenzentren weiterentwickelt und verpflichtend eingeführt werden.

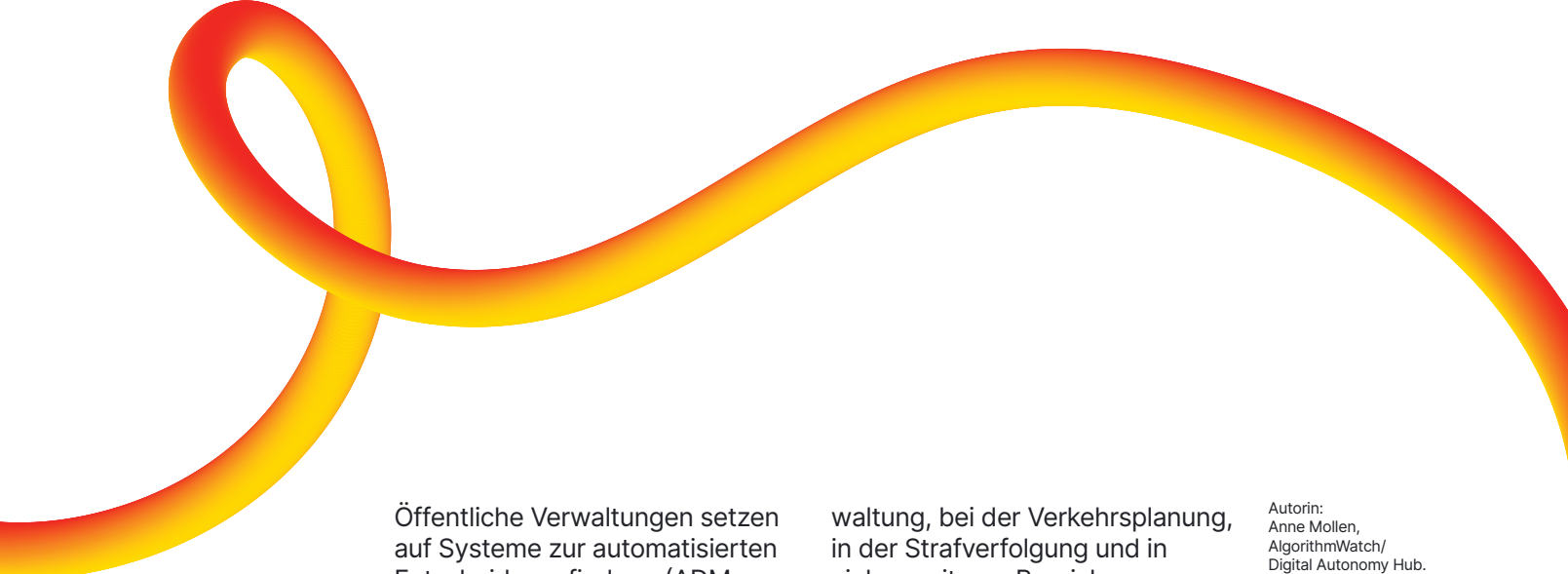
Ein wirksames Lieferkettengesetz verpflichtet Unternehmen zur Sorgfalt entlang der gesamten Wertschöpfungskette und ermöglicht eine zivile Haftung, damit Betroffene von Menschenrechtsverletzungen Schadensersatz von den Unternehmen fordern können.

Das Recht auf Reparatur muss gesetzlich verankert werden. Es umfasst die verpflichtende Veröffentlichung aller für die Reparatur relevanten Informationen sowie einen diskriminierungsfreien und dauerhaften Zugang für alle (gewerblichen) Werkstätten und Endnutzer*innen zu allen für die Reparatur relevanten Mitteln und Werkzeugen.

Schaffung eines Fonds für die langfristige Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen, die sich dem Gemeinwohl und der nachhaltigen gesellschaftlichen Transformation verpflichtet haben. Das Gemeinnützigkeitsrecht muss aktualisiert werden, um die agile und versierte digitale Zivilgesellschaft gebührend wertzuschätzen und weiter zu stärken.

„Public Money – Public Code“: Um öffentliche und nachhaltige digitale Infrastrukturen zu fördern, braucht es eine rechtliche Verpflichtung, dass mit öffentlichen Geldern entwickelte Soft- und Hardware unter einer Freie-Software- und Open-Source-Lizenz veröffentlicht werden. Zudem wird ein Europäischer Fonds für offene Technologien zur Schaffung langfristiger Strukturen, die die Entwicklung nachhaltiger und offener Hard- und Software fördern und zur digitalen Souveränität beitragen, benötigt.

Wie wir lernen, Algorithmen in der öffentlichen Verwaltung zu vertrauen



Öffentliche Verwaltungen setzen auf Systeme zur automatisierten Entscheidungsfindung (ADM-Systeme), wenn massenhaft ähnliche Vorgänge ausgeführt, komplexe Zusammenhänge analysiert oder Systeme optimiert

»Wir fordern, öffentliche Register für alle in der öffentlichen Verwaltung eingesetzten ADM-Prozesse einzurichten.«

werden. Verwaltungen verwenden sie bei der Vergabe von Sozialleistungen, in der Finanzver-

waltung, bei der Verkehrsplanung, in der Strafverfolgung und in vielen weiteren Bereichen.

Allerdings kriminalisieren, benachteiligen oder übersehen Algorithmen immer wieder bereits marginalisierte Personengruppen. Viele Menschen stehen computer-gestützten Entscheidungen daher skeptisch gegenüber. Um Vertrauen zu schaffen, fehlt ein regulierender Rahmen für den Einsatz von ADM-Systemen in der öffentlichen Verwaltung – einer Institution, mit der wir alle unausweichlich in Kontakt kommen.

Autorin:
Anne Mollen,
AlgorithmWatch/
Digital Autonomy Hub.
Das Digital Autonomy Hub (DAH) ist ein von AlgorithmWatch sowie der Gesellschaft für Informatik koordiniertes und vom BMBF gefördertes Kompetenzzentrum, das 43 Institute und Organisationen vernetzt. Das DAH bereitet Forschungsergebnisse für Zivilgesellschaft, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft auf und berät zu ethischen, rechtlichen und sozialen Aspekten von Automatisierung und Datennutzung. Ziel dieses Wissenstransfers ist es, allen Menschen einen reflektierten und selbstbestimmten Umgang mit ihren Daten, Geräten und Anwendungen zu ermöglichen.

Unsere Vision für 2030

Politische Weichenstellungen haben dazu geführt, dass Menschen der öffentlichen Verwaltung selbstbestimmt gegenüberreten können. Über ein Verwaltungs-Dashboard verschaffen sie sich einen Überblick über ihre personenbezogenen Daten, die für Prozesse in der öffentlichen Verwaltung eingesetzt werden. Sie entscheiden, wann sie welche Daten zur Verfügung stellen und für welche Prozesse sie den Einsatz von Systemen automatisierter Entscheidungsfindung erlauben. Die meisten Menschen begrüßen den Einsatz von ADM-Systemen in der öffentlichen Verwaltung.

Erstens zeigen sich positive Effekte: Kita- und Schulplätze werden fair und effizient vergeben. Der öffentliche Nahverkehr ist umweltfreundlicher, die Fahrpläne passen besser zu den Bedürfnissen der Fahrgäste. Steuerbescheide kommen schneller und sind nur selten falsch, zugleich wird mehr Steuerbetrug aufgedeckt. Sachbearbeiter*innen können ihre Arbeitszeit in der Verwaltung effizienter nutzen.

Zweitens haben Kontroll- und Transparenzmechanismen in den letzten zehn Jahren dazu geführt, dass Menschen darauf vertrauen können, dass ADM-Systeme Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls treffen. Es ist vorgeschrieben, dass die Folgen von ADM-Systemen geprüft werden, bevor die öffentliche Verwaltung sie einführt (Impact Assessment), nicht zuletzt darauf, ob die Entscheidungen mit ethischen Prinzipien übereinstimmen. Betroffene – beispielsweise Anwohner*innen, Familien, Sozialleistungsempfänger*innen – planen die Systeme mit. Gemeinsam erarbeiten sie mit Verwaltung und Entwickler*innen einen Konsens darüber, welche Zwecke ein ADM-System verfolgen soll.

Die wichtigsten Informationen zu ADM-Systemen werden in öffentlichen Registern zur Verfügung gestellt. Hier finden sich Informationen zum Einsatzzweck eines Systems, welches Entscheidungsmodell verwendet wird, wer die Software hergestellt hat, wer sie einsetzt und zu welchen Ergebnissen die Folgenabschätzung gekommen

ist. Diese Informationen werden von Watchdog-Organisationen aus der Zivilgesellschaft genutzt, um ADM-Systeme fortlaufend zu beobachten. Durch diese Transparenzbemühungen werden Forschung im öffentlichen Interesse und eine faktenbasierte gesellschaftliche Debatte zum Einsatz von ADM-Systemen ermöglicht.

Wenn ein Algorithmus falsche oder diskriminierende Entscheidungen trifft, gibt es einfache Möglichkeiten, dagegen Widerspruch einzulegen und sie prüfen zu lassen. Betroffene fühlen sich den Entscheidungen von ADM-Systemen nicht ausgeliefert. Sie entscheiden selbstbestimmt über den Umgang mit ihren Daten und haben jederzeit Zugang zu Informationen darüber, wie ein ADM-System eine Entscheidung trifft, die sie im Zweifel anfechten können.

Unsere Forderungen an die Politik

Verpflichtende Folgenabschätzung

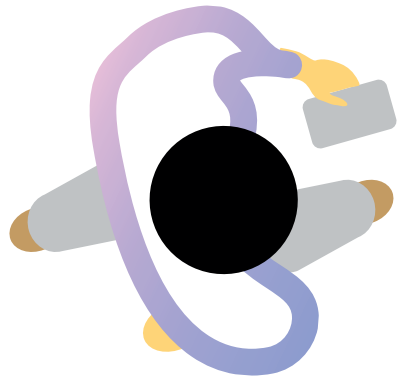
(Algorithmic Impact Assessment): Behörden müssen dazu verpflichtet werden, die Folgen von ADM-Systemen abzuschätzen. Potenzielle Risiken eines Systems müssen systematisch im Rahmen einer Einzelfallanalyse nach ethischen Anforderungen bewertet und transparent gemacht werden. Die Behörden sind aufgerufen, auf erkannte Risikosignale angemessen zu reagieren. Je mehr potenzielle Risiken identifiziert werden, desto anspruchsvoller wird es für die entsprechende Behörde, das System zu kontrollieren und einzusetzen. Siehe auch: Loi, Michele unter Mitarbeit von Mätzener, Anna/Müller, Angela/Spielkamp, Matthias (2021): Automated Decision-Making Systems in the Public Sector. An Impact Assessment Tool for Public Authorities.

Öffentliche Verzeichnisse für ADM-Systeme:

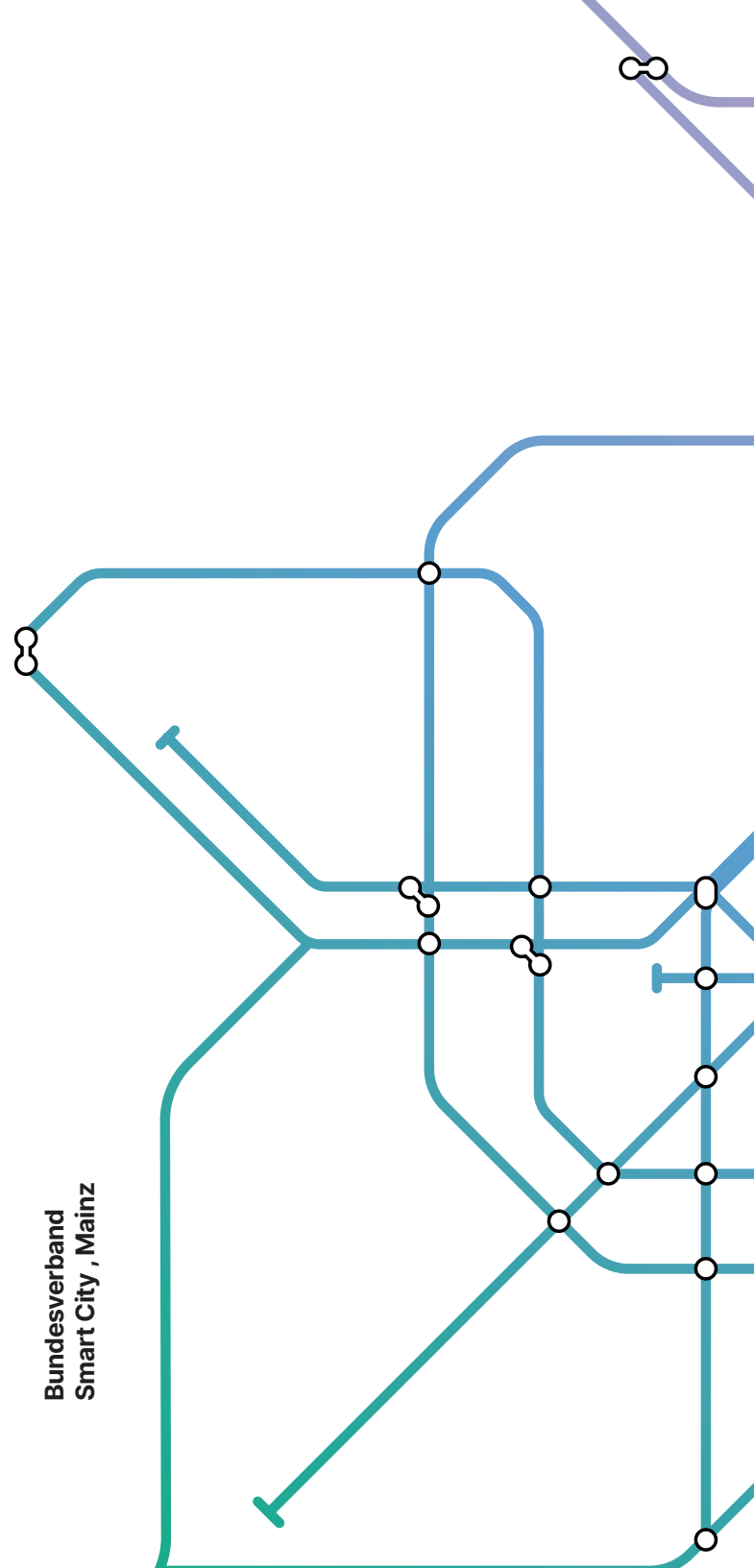
Wir fordern, öffentliche Register für alle in der öffentlichen Verwaltung eingesetzten ADM-Prozesse einzurichten. Die Stellen, die für den Einsatz solcher Prozesse verantwortlich sind, sollten verpflichtet werden, in diesem Register Informationen über den Einsatzzweck, das verwendete logische Modell, Hersteller*in/Entwickler*in einer Software und die Ergebnisse einer Folgenabschätzung zu dokumentieren.

Transparenzvorgabe: Betroffene einer ADM-Entscheidung müssen Zugang zu allen relevanten Informationen erhalten, die sie benötigen, um die Entscheidung nachvollziehen zu können. Mit einer solchen Transparenzvorgabe wird die Voraussetzung dafür geschaffen, dass Betroffene Rechtsmittel gegen die automatisierte Entscheidung einlegen können, etwa auf der Grundlage von Anti-Diskriminierungsvorgaben.

Die 15 Digitalvisionen sind erste Entwürfe, bei denen es im nächsten Schritt darum geht, sie zu diskutieren, zu schärfen und die Rahmenbedingungen dafür abzustechen, wie wir sie Wirklichkeit werden lassen. Keine der Visionen wird von heute auf morgen umsetzbar sein, dafür bedarf es des Austauschs und der Kooperation. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen freuen sich darüber, ihre Visionen mit Entscheidungsträger*innen zu diskutieren. Um bei der Vernetzung zu helfen, haben wir diesen Fahrplan erstellt.



www.digitalezivilgesellschaft.org



Bundesverband
Smart City , Mainz

Fahrplan zu den Digitalvisionen



Impressum:

Konzept: Elisa Lindinger & Julia Kloiber, SUPERRR Lab
Mit Unterstützung von Katja Jäger & Barbara Djassi, betterplace lab

Design: Off and On again

Coverdesign: Rainbow Unicorn

Lektorat: text|struktur

Texte: DigitaleZivilgesellschaft.org

Diese Publikation wurde gefördert von der Open Society
Foundations gGmbH in Kooperation mit OSIFE.

www.digitalezivilgesellschaft.org

